

Deutschland in der Welt voran

Der Lohnraub in Berlin gab das Signal zum internationalen Angriff der Bourgeoisie — Das welthistorische Verbrechen des DWA. — Nur die KPD organisiert siegreichen Widerstand

Von Rom bis Washington hat der Prozentige Lohnabbau in der Berliner Metallindustrie bei den kapitalistischen Regierungen und Unternehmerverbänden begeistertes Echo ausgelöst. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt in seinem Leitartikel vom Freitag: „Deutschland bemüht sich, durch Herabsetzung der Löhne seinen Export zu forcieren, wir müssen also dasselbe tun, um nicht noch mehr ins Hintertreffen zu geraten“, dieser Gedankengang war in den letzten Tagen in der englischen Presse immer wieder zu finden. Und es verlangten die englischen Eisenbahngesellschaften eine Lohn- und Gehaltsreduzierung von 10 bis 30 Prozent. Die Bergwerksbesitzer folgten ihnen auf dem Fuße.

Ruffolnis „Popolo d'Italia“ begrüßte den Berliner Lohnabbau mit einem Freudengeschrei. Das faschistische Italien senkte die Löhne der Arbeiter um 10 bis 10 Prozent und, durch ein einfaches Dekret, die Gehälter sämtlicher Angestellten ab 1. Dezember um 12 Prozent.

In der Tschechoslowakei stehen viele Belegschaften im Kampf gegen betriebliche Lohnkürzungen um 5 bis 12 Prozent.

In den Vereinigten Staaten nehmen die Unternehmer rigoros Lohnkürzungen vor.

In Oesterreich geht eine Bewegung für „produktive Politik“ durch Lohnabbau und Kürzung der Arbeitslosenfürsorge vor sich, die von Heimwehren bis zur SPÖ. unterstützt wird.

In Belgien ging der Lohnraub fast ebenso schnell vor sich wie im faschistischen Italien. Die Unternehmer der Eisenindustrie forderten 5 Prozent Lohnabbau. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer zeigten sich sehr besorgt um die Konkurrenzfähigkeit der belgischen Eisenkapitalisten, darum schlugen die Gewerkschaftsführer selbst vor, daß ab 1. Dezember ein Lohnabbau von 2½ Prozent, und ab 1. Januar ein nochmaliger Lohnabbau von 2½ Prozent erfolgen soll. Dieser Vorschlag wurde von den Unternehmern angenommen.

Das Beispiel Belgiens beleuchtet blühartig noch einmal die ganze Größe des Verbrechens der Bonzen vom Berliner DWA, die augenblicklich versuchen, die Empörung der sozialdemokratischen Metallarbeiter durch ein geschicktes Manöver von sich auf die Person Einzelners abzuleiten. Wir sagen den Berliner Metallarbeitern: Ebenso wie die Reformisten in Belgien, waren sämtliche DWA-Führer in Deutschland grundsätzlich mit dem Lohnraub einverstanden. Der einzige Unterschied ist nur der, daß Ulrich und Konsorten ihm auf Grund der ungeheuren Erregung in Berlin nur auf Umwegen zustimmen konnten.

Die sozialdemokratischen Bürokraten sehen im Lohnabbau die einzige Möglichkeit, die „deutsche Wirtschaft wieder anzukurbeln“. Sie sind sich darin vollkommen mit den Unternehmern einig, die behaupten, daß sie den Lohnabbau vornehmen, um deutsche Waren auf dem Weltmarkt billiger abzugeben, dadurch die Produktion zu steigern und so den Arbeitslosen wieder Arbeitsmöglichkeit zu verschaffen.

Aber unsere Beispiele zeigen: wenn in Deutschland die Löhne herabgesetzt werden, dann bauen auch die Unternehmer in England, Belgien, Italien, Amerika usw. die Löhne ab. Das Resultat ist eine ungeheure Verschärfung der Not des werktätigen Volkes in allen kapitalistischen Ländern und andererseits eine Steigerung der Profite der Kapitalisten.

Die erniedrigten Arbeiterlöhne verschärfen den Konkurrenzkampf der Kapitalisten in hohem Maße. Je erbitterter aber dieser Kampf wird, um so näher rückt die Anwendung des „letzten Mittels“, des imperialistischen Krieges.

Daß in diesem Konkurrenzkampf der kapitalistischen Gruppierungen die deutsche Bourgeoisie nicht über ihre Gegner so siegen kann, daß die Arbeitslosigkeit in Deutschland fühlbar abnehmen würde, das kann jeder politisch unterrichtete Arbeiter selbst beurteilen. Auf diesem kapitalistisch-imperialistischen Wege, den jetzt die Nazis so eifrig propagieren und den auch die Sozialfaschisten durch ihre verbrecherische Gewerkschaftspolitik beschritten haben, kann also die Wirtschaftskrise nicht behoben, kann die Arbeitslosigkeit nicht liquidiert werden, sondern nur auf dem Wege, den die Sowjetunion gezeigt hat.

Dem Verbrechen der Amsterdamer stellen die Kommunisten und die Rote Gewerkschaftsinternationale die internationale proletarische Kampfesolidarität entgegen. Die Arbeiter in allen kapitalistischen Ländern müssen sich gegen den Lohnraub, dessen gewaltige weltpolitische Bedeutung wir aufgezeigt haben, wehren und um ihre Forderungen kämpfen.

Es wird immer notwendiger, daß die Arbeiter der verschiedenen kapitalistischen Länder sich im Kampf besser als bisher gegenseitig unterstützen und daß sie mehr und mehr zu internationalen Kampffronten kommen.

Ein „Ermordeter“ fordert auf zur Unterstützung der Winterbeihilfe der KPD!

Genosse Paul Keymer, der mehrere Jahre in der Union verweilte, schreibt der Roten Hilfe:

Wie ihr wißt, hat ja seinerzeit das Urbahn-Blättchen und mit ihm die sozialdemokratische Presse die niederträchtige Lüge verbreitet, daß ich während meines Aufenthalts in der Sowjetunion von der GPU ermordet worden sei.

Angesichts der Tatsache aber, daß Arbeitermord durch Polizei- und Salatenkrenzterror in Deutschland auf der Tagesordnung steht, lese ich mich, der von der GPU Ermordete, veranlaßt, durch Euch an alle Werktätigen Deutschlands zu appellieren, daß sie ihre Pflicht proletarischer Solidarität für die im Kampf gegen unsere Klassenfeinde gefallenen Arbeiter, gegen die hinterbliebenen Frauen und Kinder erfüllen.

Alle Kräfte mobilisiert zur Unterstützung unserer 300 eingekerkerten Klassenbrüder, zum Kampf gegen die sozialistische Gefahr und auch zum Kampf gegen das Hungergiftgas, das, wie mein Fall zeigt, nur dazu dient, die Arbeiter von dem Kampf gegen ihren wahren Feind, den mörderischen Kapitalismus, abzulenken.
Alle Kräfte für die Rote Hilfe!

Leuna kämpft unter KPD.-Führung

Leuna-Arbeiter von Weiskensels und Merseburg für Forderungen der KPD

Halle, 22. November. (Eig. Bericht.) Wie wir berichteten, sind 4000 Leuna-Arbeitern der Arbeitsvertrag gekündigt worden, weil die Direktion die 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich einführen will, was einem Lohnraub von 18½ Prozent gleichkommen würde. In zwei Leuna-Arbeiter-Versammlungen, die in Weiskensels und Merseburg stattfanden, wurden die Vorkämpfer der revolutionären Gewerkschaftsopposition, am Montag geschlossen in die Betriebe zu gehen und dort durch Demonstrationen und Arbeitsverweigerung den Kampf gegen den Lohnraub aufzunehmen, von den zahlreich versammelten Arbeitern gebilligt.

In Weiskensels kam es in der Versammlung der Leuna-Arbeiter zu kürzlichen Protestkundgebungen gegen den Streikabwürger Walter, der es abgelehnt, über die Urträge des roten Betriebsrats abstimmen zu lassen, in denen der Kampf gegen die provokatorische Annäherung der Leuna-Direktion gefordert wird.

Noch größer wurde die Niederlage, die sich die Sozialfaschisten in Merseburg von den Leuna-Arbeitern holten. Nachdem die Reformisten über 100 stramme sozialdemokratische Funktionäre herangeholt hatten, legten die Versammelten 800 Kollegen durch, daß der rote Betriebsrat Volkmann sein Referat, das von den Reformisten nach einer Viertelstunde unterbrochen werden sollte, fortsetzen konnte.

In seiner Ohnmacht ließ der Reformist Walter die Polizei alarmieren und begrüßte die Schupo-Beamten, die mit heruntergelassenen Sturmriemen in den Saal strömten, mit Händedruck. Empört riefen die Leuna-Proleten: „Heraus mit der Polizei!“ und drängten die Schupo-Beamten aus dem Saal. Obwohl zum Schluß der Versammlung keine Abstimmung durchgeführt wurde, weil die Werksleitung ihre Spindel in der Versammlung hatte, standen die Versammelten einmütig hinter den Vorkämpfern der Opposition. Sie werden am Montag unter Führung der KPD. den Kampf gegen den Lohnraub aufnehmen.

Preußens Slavenprogramm gegen Erwerbslose

79 000 Erwerbslose sollen drei Jahre lang als Arbeitsdienstpflichtige in die Sumpfe geschickt werden — Elendslöhne und militärische Anechtung

In dem sogenannten „Arbeitsbeschaffungsprogramm“ der preußischen Regierung, das der Sozialdemokrat Otto Braun der Brüning-Regierung zur Durchführung empfahl, war ein entscheidender Punkt das Meliorationsprogramm, die Trockenlegung von Sümpfen durch die Arbeitsdienstpflichtige erwerbslose. Nachdem die Brüning-Regierung dem Reichsminister Treusch aus bereits die Vollmacht zur Einführung der Arbeitsdienstpflichtige gegen erwerbslose Wohlfahrtsunterstützungsempfänger erteilt hat, veröffentlicht die preußische Regierung noch einmal ihre Absichten, zur Verhinderung von Erwerbslosen in die Sümpfe, um die baldige Durchführung dieses Slavenprogramms einzuleiten.

Die Regierung Otto Braun gibt bekannt, daß sie zur Durchführung dieses Programms 400 Millionen Mark für die nächsten drei Jahre bereitstellen will. Mit diesen Mitteln soll die Beschäftigung von 79 000 Erwerbslosen in die ostpreussischen Sümpfe finanziert werden, um dort für die Profite der ostpreussischen Großagrarier drei Jahre lang an der Trockenlegung von Sümpfen zu arbeiten. Die Preussische Regierung errechnet, daß etwa 70 Prozent der für dieses Programm verwandten Mittel für Löhne verwandt werden sollen. Sie erklärt diesen hohen Prozentsatz damit, daß die Arbeit im wesentlichen Handarbeit sein soll. Die Preussische Regierung beabsichtigt also, die Erwerbslosen ohne die notwendigen technischen Hilfsmittel in die Sümpfe zu schicken, wo sie ständig im Wasser stehend arbeiten und so gesundheitlich systematisch ruiniert werden sollen.

Rein rechnerisch würden 70 Prozent von den 400 Millionen ergeben, daß rund 100 Mark monatlich auf den einzelnen Ar-

beiter als Lohn entfallen würden. Diese Rechnung ist aber falsch. In Wirklichkeit werden auf das Lohnkonto nicht nur Verwahrungsausgaben, sondern eine Reihe anderer Ausgaben verbucht werden, so daß der tatsächliche Lohn für den einzelnen Arbeiter noch nicht einmal 10 Mark die Woche betragen soll.

Es ist überhaupt unstatig, in diesem Zusammenhang von Löhnen zu sprechen. Es handelt sich ganz einfach darum, unter dem Vorwande der „Arbeitsbeschaffung“ die Arbeitsdienstpflichtige einzuführen, die Jungproletarier wieder unter die Folterungen des preussischen Kommissar zu stellen, sie durch nationalsozialistische Offiziere und Unteroffiziere nach wilhelminischer Art schikanieren, militärisch versklaven zu lassen.

Auf den Arbeitsmarkt, auf die Millionen-Erwerbslosigkeit übt die Einführung der Arbeitsdienstpflichtige so gut wie gar keinen Einfluß aus. 79 000 Erwerbslose sollen in die Slaverie in die Sümpfe geschickt werden. Die Zunahme der Erwerbslosenzahl betrug aber allein in einem halben Monat, vom 16. bis 31. Oktober dieses Jahres, nahezu das Doppelte dieser Zahl, nämlich 136 000. Die Erwerbslosenziffer würde also durch die Arbeitsdienstpflichtige so gut wie nichts geringer werden.

Diese Tatsachen zeigen den Ernst dieses faschistischen Plans der sozialdemokratisch geführten Preussischen Regierung. Die gesamte Arbeiterklasse muß sich mit den Jungproletariern, mit dem kommunistischen Jugendverband gegen die brohende Arbeitsdienstpflichtige, durch die Proletarier unter die Kräfte des preussischen Unteroffiziers gebracht werden sollen, im härtesten Kampfe zur Wehr setzen.

Belohnung für Steuerbetrüger und Kapitalverdieber

Eine Steueramnestie der Brüning-Regierung

In dem Steuervereinfachungsgesetz, dem Gesetz zur Durchführung von Millionen Steuergeschenken an die Besitzenden, befindet sich auch die Ankündigung einer von der Reichsregierung geplanten Steuer-Amnestie. Die Regierung Brüning will den Steuerbetrüger und den Kapitalisten, die ihr Vermögen ins Ausland verschoben haben, nicht nur Straffreiheit für ihre Schiebung und Steuerbetrügereien zusichern, sondern ihnen auch gleichzeitig die ergrauerten Summen schenken. Diese sogenannte Steueramnestie, die in Wirklichkeit eine Belohnung für Steuerbetrug ist, wird damit begründet, daß auf diesem Wege verfaßt werden soll, nach dem Ausland verschobenes Kapital wieder nach Deutschland hereinzubekommen. In Wirklichkeit ist diese Steueramnestie nur ein Anreiz für die Großverdieber, ihre Betrügereien noch umfangreicher als bisher zu betreiben.

Dieselbe Regierung und dieselben Parteien, einschließlich der Sozialdemokratie, die so den Steuerbetrug mit Millionengeschenken belohnen, stimmen gegen die Forderung der kommunistischen Partei nach Erlass einer Amnestie für die Proletarier, die aus Not mit dem Gesetz in Konflikt gekommen sind. Im Gegenteil, in Bielefeld legt der Staatsanwalt Kopsprämie gegen Proletarierinnen aus, die sich aus Not gegen den Schandparagraphen 218 vergangen haben. Millionengeschenke an die Steuerbetrüger und Kapitalverdieber, aber Zuchthaus für hungernde Proletarier. Das ist die Politik Brünings und der SPD.

Hemmungslose Demagogie der Nazi-Labakwucherer

Erst verteuern sie den Tabak, dann mimen sie Opposition

Am Donnerstag stimmten die Vertreter der nationalsozialistischen Regierungen Thüringens und Braunschweigs gemeinsam mit Preußen für die Erhöhung der Tabaksteuer um rund eine halbe Milliarde Mark. Fricke und Franzen haben also mitgewirkt an der Verteuern dieses Volksgenussmittels.

Diese Tatsachen halten aber den „Börslichen Beobachter“ nicht ab, in frechster Demagogie „Opposition“ gegen die Tabaksteuererhöhung zu betreiben. In seiner Nummer vom 22. November schreibt das Hitler-Organ:

„Die Tabaksteuererhöhung der Regierung Brüning ist ein neuer Beweis für den Finanz-Schwarzismus, der sich hemmungslos seit Jahren bei uns ausbreitet. Denn die

neuen Zölle und Steuern, die Herr Brüning braucht, um die Tribute pünktlich abliefern zu können, werden nicht nur die Preise der Zigarren und Tabakwaren stark verteuert, es werden dazu noch Zehntausende von Gigarenzen vernichtet.“ Und an anderer Stelle: „Seute ist es die deutsche Regierung, die aufs neue versucht, durch erhöhte Besteuerung des Tabaks das Defizit zu decken und dem Volks den Tabakgenuss zu erschweren.“

Diese schwere Anklage gegen die Brüning-Regierung trifft die Nazis mit ebensolcher Wucht. Die Arbeiter aber müssen erkennen, wie die Nationalsozialistische Partei Schindluder mit den Interessen der Arbeiter treibt und sich nachher als Vertreterin der von ihr verratenen Interessen aufzuspielen erstreckt.

Sachsen lehnt Diktatursteuern ab

Nazis stimmen in Thüringen gegen Brüning's Negersteuer — Fricke protestiert und will Gemeinden aushungern

Dresden, 22. November. (Eig. Bericht.) Der Rechtsauschuß des Sächsischen Landtages hat gestern beschlossen, die Notverordnung der Brüning-Regierung über die Gemeinde-, Bier-, Bürger- und Geträdelsteuer abzulehnen. Gegen den Antrag auf Ablehnung stimmten lediglich die Vertreter der Deutschen Volkspartei, des Landbundes und der Demokraten. (II)

Nach diesem Abstimmungsergebnis ist auch das Schicksal der Notverordnungen im Plenum besiegelt, wenn nicht Nazis oder beide ihre durch die Empörung der Massen diktiert demagogische Stellungnahme gegen diese Steuern im letzten Augenblick ändern.

Durch diese Abstimmung kann die SPD. keineswegs etwas an der Tatsache ändern, daß die sozialdemokratischen Kommunalfunktionäre im ganzen Reich bereits die Diktatursteuern eintreiben. Und wie wenig die Nazis Berechtigung haben, sich als Kämpfer gegen die Brüning-Steuern auszugeben, beweist die Stellungnahme Fricke im Thüringischen Landtag.

Im Fachausschuß des Thüringischen Landtages wurde am Donnerstag mit den Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Nationalsozialisten die von der Brüning-Regierung diktierte Negersteuer abgelehnt. Fricke, der bereits als erster in Thüringen seine eigene Negersteuer eingeführt hat, erklärte, daß er den Gemeinden keinen Ersatz für den Ausfall der Negersteuer gebe.

London, 21. November. In den kurdischen Provinzen der Großtaurates ist ein neuer Aufstand ausgebrochen. Englische Luftstreitkräfte arbeiten mit den Truppen des Zentralgebietes zusammen, um diesen Aufstand zu unterwerfen. Die Basis der Operationen ist Sulaiman, von wo aus Truppen in das Aufstandsgebiet entsandt werden sollen.

Die Brandstifter haben sich verrechnet!

Vor dem Prozeß gegen die Konterrevolutionäre „Industriepartei“ in Moskau

Am 25. November beginnt vor dem Obersten Gerichtshof der Sowjetunion der Prozeß gegen die konterrevolutionäre Organisation „Industriepartei“, die mit Hilfe ausländischer Kapitalisten, insbesondere Briands und Poincarés, durch Sabotage eine Revolte anzetteln und die militärische Intervention gegen die Sowjetunion durchführen wollten. Die Millionen Wertgegenstände der Sowjetunion und die Arbeiterklasse der ganzen Welt erwarten vom Obersten Gerichtshof ein einträgliches Urteil: Erschießen! Diese Forderung wurde bereits in unzähligen Resolutionen erhoben.

In diesem Prozeß sitzen auf der Anklagebank nur die Werkzeuge der imperialistischen Brandstifter. Das internationale Proletariat wird jedoch das Urteil des Gerichts auch auf die Urheber des teuflischen Plans beziehen. Es wird keine Schonung gegen das Land der Sowjets verzeihen, keine Angehörigen lassen!

Die Herren Interventionisten sind auf frischer Tat ertappt. Ihre ganze Arbeit, in den Geheimtürken der Ministerien und Generalstabe sorgsam gehütet, ist nun plötzlich ans Tageslicht gezogen. „Die Hauptverhandlungen über Organisation der Intervention werden in Frankreich mit Briand, in England mit Churchill geführt.“ (Aus den Aussagen von Ramsin.)

„Poincaré hat der Intervention die erdenklichste Unterstützung versprochen und ist der Auffassung, daß man 1930/31 auf völligen Erfolg der Intervention hoffen kann.“ (Aussagen von Sitnin.)

Lauter alte Bekannte! Poincaré, einer der aktivsten Anstifter des imperialistischen Krieges 1914-1918, der hönigstiefende Briand, Autor des Planes von Pan-Europa, und noch eine weitere Figur, der General Jeannin, ehemals Militärkommissar bei Kolltchal, Sachmann in der Abwägung russischer Arbeiter und Bauern. Ihm war speziell die unmittelbare technische Bearbeitung der Frage übertragen. „Dem französischen Generalstab wurde eine besondere Kommission zur Vorbereitung der Intervention gegen die UdSSR beigegeben, wobei an ihrer Spitze der General Jeannin steht.“ (Aussagen von Ramsin.)

Wie nett und wie bequem! Einerseits diplomatische Beziehungen, das „Prinzip strengster Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen Landes“, ja noch mehr, großes Geschrei über die Propaganda, die angeblich von der Sowjetunion geführt wird und die Einmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten bedeutet. Andererseits aber eine kleine „geschäftliche“ Kommission; der General Jeannin, die tapferen Obersten Jouanville und Richard, Vertreter von Militärressorts anderer „interessierter“ Staaten, und endlich der jüngste Sproß der glorreichen Wrangel-Bande, der General Lukomski, der als militärischer Leiter der Intervention in Aussicht genommen ist. Zu gleicher Zeit wird auf Kosten der

französischen Regierung ein russisches weißgardistisches Expeditionskorps gebildet und ausgerüstet.

Der ganze teuflische Plan wurde bis in die Einzelheiten hinein überdacht.

Die Kriegstreiber dachten nicht daran, ihre wahren Zwecke zu verheimlichen: Sowohl Polen als auch Frankreich rechnen auf die Möglichkeit späterer Ausbeutung der inneren Reichtümer Rußlands: Frankreich in Gestalt verschiedener Konzessionen, Polen in Gestalt gesteigerten Warenabflusses nach Rußland“ (Aussagen von Fedotow).

Feldgeschossen, ihr Herren Interventionisten! Euer ganzes Unternehmen geht in die Brüche. Zudem ist es nun vor der ganzen Welt entlarvt, alle eure Pläne sind ans Tageslicht gezogen; alle eure Verbrechen sind aufgedeckt, eure Agentur in der

UdSSR ist rücksichtslos zermalmt. Die wachsende revolutionäre Aktivität der proletarischen Massen führt euch? Nur ruhig Blut, es wird noch weiter wachsen. Die Stärke der Roten Armee ist euch im Wege? Wir werden sie mit allen Mitteln weiter ausbauen. Die feste und konsequente Friedenspolitik der Sowjetunion fordert eure ohnmächtige Wut heraus? Wir werden sie trotz aller Provokationen weiterführen. Die sozialistische Wirtschaft der UdSSR, entwickelt sich trotz der niederträchtigen Schädlingearbeit eurer Söldlinge. Euch steht die Wirtschaftskrise auf den Fersen, die bereits einige Länder, wie z. B. Polen, in den Abgrund des Verderbens gestürzt hat. Ihr habt euch nicht zum erstenmal verrechnet, aber das wird auch nicht das letzte Mal sein.

E. P. S. (Moskau).

Tiroler Bauern gegen die Söldlinge Mussolinis

„Anbiederung an Mussolini Schlag gegen die Tiroler Freiheitsbewegung“

Innsbruck, 22. November. (Öst. Bericht.) Die „Tiroler Volkszeitung“ berichtet unter Berufung auf Informationen aus der Landesleitung der Tiroler Heimwehr, daß der jetzt nach Oesterreich zurückgekehrte Faschistenführer Major Papst namhafte Beträge aus Italien mitgebracht habe, die er durch Vermittlung des Generalsekretärs der faschistischen Partei, Giurati, erhalten habe. Diese Gelder seien in der Schweiz und in Tirol hinterlegt.

Diese Meldung ist eine bezeichnende Ergänzung der schwachen Anbiederung des Stahlhelms in Italien bei Mussolini anlässlich des Besuchs der Stahlhelmsdelegation vor wenigen Tagen in Rom.

Diese Vorgänge — das Kriechen vor Mussolini durch den Stahlhelm und die Geldüberweisungen an die österreichische Heimwehr — haben selbst unter der nationalen Tiroler Bauernschaft eine ungeheure Empörung hervorgerufen. Der Tiroler Bauernbund hat sieben auf einer Tagung eine scharfe Resolution gegen die „widerliche Anbiederung“ des Stahlhelms und der Heimwehren an Mussolini gefaßt und erklärt, daß dies „ein schwerer Schlag für die nation-

nale Befreiungsbewegung der Deutschen Südtirols“ bedeutet.

Das, was Stahlhelm und Heimwehr jetzt tun, ist daselbe, was die Nazis schon längst getan haben. Hitler hat erst vor kurzem öffentlich in der Presse erklärt, daß die Freundschaft mit Mussolini für die Nationalsozialisten tausendmal mehr wert sei als das Schicksal der Deutschen Südtirols. Und allgemein bekannt ist, daß auf dem nationalsozialistischen Programm die Stelle, die sich für den Befreiungskampf der Deutschen Südtirols auspricht, durch Hitler längst gestrichen wurde.

Diese wenigen Tatsachen beleuchten grell die verräterische Politik des Hitler- und des internationalen Faschismus. Für Geld sind diese Verräter des internationalen Young-Kapitals durch jedermann käuflich. Da verraten sie zynisch ihre Programme und schlagen ihren Phrasen von „nationaler Befreiung“ ins Gesicht.

Nur die kommunistische Partei kämpft rücksichtslos für die soziale und nationale Befreiung der Völker. Das beweist das Beispiel der Sowjetunion, die den vom Faschismus verfluchten Völkern die Freiheit und völlige Selbstständigkeit gegeben hat, und den Aufbau ihrer nationalen Kultur mit allen Mitteln fördert.

Französische Bankfandale

EP. Paris, 22. November. Außer dem Banker Dufresne, dessen Bankrott einige der großen Bankgruppen geschädigt hat, sind gestern noch zwei weitere Finanzleute und zwei Kuffensmacher unter der Beschuldigung betrügerischer Haussemanöver an der Börse unter Anklage gestellt worden. Man rechnet mit der Verhaftung Dufresnes und seiner Komplizen. Die Nachprüfung der Bilanz der Banque commerciale in Le Havre, die vor einigen Tagen ihre Schalter geschlossen hat, ergab, daß die Gläubiger 50 Prozent ihrer Forderungen erhalten können. — Gegen den Inhaber der geschlossenen Bank Depéroux in Lyon ist Anklage wegen Vertrauensmißbrauchs erhoben worden.

Neue amerikanische Anleihe für Tschangkaiſhek zur Schaffung einer Einheitsfront gegen den Kommunismus

New York, 22. November. Der Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten schlägt die Gewährung einer neuen Anleihe

im Betrage von einer halben Milliarde Dollar an Tschangkaiſhek vor. Der Rechtsberater Kantings, Vinerberger, Staatsbürger der Vereinigten Staaten, weilt gegenwärtig in den Vereinigten Staaten und versucht, weitere Geldmittel für Tschangkaiſhek flüssig zu machen.

Die Vereinigten Staaten arbeiten gleichzeitig darauf hin, eine Versöhnung aller Militärlisten Chinas zu bringen und eine einheitliche Front gegen die Kommunisten herzustellen.

Rote Fahne auf griechischer Kaserne

Athen, 22. November. In Préveſa wurden während eines Nationalfestes revolutionäre Flugblätter verteilt und auf der Kaserne eine rote Fahne gehißt. Zwei Soldaten sowie eine größere Anzahl Arbeiter sind verhaftet worden.

Der norwegische Justizminister Cojenth hat wegen einer Skandalaffäre demissionieren müssen, in die er als Direktor der großen Nordnorsk Dampfschiffahrtsgesellschaft verwickelt war. Er wird auch noch mit einer Transaktion des großen

Die Kämpfe in Spanien

Madrid, 22. November. In Navarra und Castellon wurde der Generalstreik erklärt. In den Bergwerksrevieren breitet sich der Streik aus. In Barcelona ist es zu Zwischenfällen in den Vorstädten gekommen, wobei zehn Personen verhaftet wurden. Alle öffentlichen Gebäude stehen unter militärischer Bewachung.

Die Universität von Barcelona wurde wegen des Studentenstreiks auf unbestimmte Zeit geschlossen; der Rektor verhaftet. Die Studenten der Universität Murcia sind in den Streik getreten, ebenso die Gymnasialisten in San Sebastian, Pontevedra und anderen Orten.

Aus Burgos, Segovia und La Granja wurde je eine Infanterieregiment zur Verstärkung der Polizei nach Madrid beordert.



(Kopierbild des Internationalen Arbeiter-Verlags, Berlin.)

46. Fortsetzung

Als der Wagen an der Kaserne so vorüberfuhr, dachte es Franz, als ob an der Scheibe eines Fensters im dritten Stockwerk ein bekümmertes Gesicht hervorgeschaut hätte. Das ängstliche Gesicht seiner Mutter. Er hatte vermieden, heimzugehen, um nicht neue Bombwürfe zu hören. Nun tat es ihm leid, daß sie sich gewiß grämte, nichts Viebes mehr sagen zu können. Um nicht daran zu denken und die aufsteigende Schwäche zu überwinden, fiel er mit überlauter Stimme mit in den Gesang der Rotarmisten ein. „Wir fürchten nicht, ja nicht, den Donner der Kanonen! Wir fürchten nicht, ja nicht, die Ebert, Scheidemann! Dem Karl Liebknecht haben wir's geschworen, der Rosa Luxemburg reichen wir die Hand!“

Unterwegs kamen ihnen heimkehrende Rotarmisten entgegen. Verwundete mit schlechten Verbänden, trotzdem beladen mit zwei und drei Gewehren für ihre Kameraden daheim. Verschiedene lauten hungrig an hartem Brot.

Franz winkte ihnen zu. „Hallo!“ und „Hurra!“ riefen die Wageninsassen. Die Uebermüdeten grüßten lächelnd wieder. „Macht, daß ihr nach vorn kommt, Genossen! Es geht heiß zu!“ In der Stadt rasten vollbeladene Autos mit bewaffneten Abteilungen, in deren Mitte sich Frauen mit weißen Armbinden und roten Kopftüchern befanden.

„Dat find de Karbolmäschen!“ sagte der Schnibder. „Verfluchte Weißhüde sind's, die Kurask haben! Ed hew sie in Stoppenberg gefeh'n! Do hewt sie de verwundeten Kampels

aus dem Feuer geholt und geschotten hewt de Wiewer, wie Scharpschützen!“

Die Bagage war einer der Lebendigsten. Schon winkte er wieder einem linken Zweifler, der mit einer roten Fahne am Borderteil vorbeiflog.

„Dat sind mindestens die Generale von die Roten!“ erklärte er wichtig. Kuriere rasten vorüber auf Fahrrädern, berittene Zivilisten, Karabiner über der Schulter. Vollbesetzte Straßenbahnen mit bemanneten Abteilungen fuhren vorbei. Zwischen den singenden Rotarmisten vereinzelte ängstliche Bürger, eingeklemmt, mit unterwürfigen Mienen und höflichem Lächeln in den blassen Gesichtern.

„Zum Rathaus!“ rief Franz dem Manchestermann zu, der kurz anhält und sich aus dem Führerkasten hinausbog. Minuten später stoppte der Wagen. Im Rathaus, dessen stark belebten Korridor nun Franz Kreuzat betrat, bekam er den Befehl, sofort nach den Segerothbaraden zu fahren, um noch fehlende Waffen und Munition zu empfangen. Als er den Korridor durchquerte, durchlebte er noch einmal die trostlosen Stunden seiner Verhaftung. Er spähte unbewußt aus, um eine der boshaften Fragen wiederzufinden. Wie Feuer krieg es ihm zu Kopf. Auch seine Zunge begann wieder zu brennen.

„Hunde verdammte, geschlagen haben sie mich!“ Fester umspannte seine Faust den Karabiner. Draußen wurde ihm durch einen Genossen ein Paket zugehoben in die Hand gedrückt. „Der Spartakus!“ sagte der Genosse. „Wir haben die Redaktion des „Kleinen Anzeigers“ beschlagnahmt und der muß nun unser Kampforgan drucken!“

Franz verteilte die ihm überreichten Zeitungen an seine Leute und gab Befehl, nach den Segerothbaraden zu fahren. In langsamer Fahrt fuhr nun der Wagen durch die Straßen der Stadt. Ueberall das gleiche Bild. Singende, winkende Arbeiter und Frauen, mit Gewehren, mit Armbinden und roten Kopftüchern. Marschierende Arbeiterabteilungen. Rote flatternde Fahnen.

Die Baraden glichen einem Heerlager: Autos, Gemehre. Schwachende und lachende Gruppen. Vor dem Eingang zu den Baraden standen Posten mit Gewehr. „Von wo kommt der Transport her?“ fragte der eine Posten.

„Stoppenberg!“ rief der Schnibder und kletterte eifrig aus dem Wagen heraus. Franz Kreuzat hieß auch die anderen aussteigen, aber bei dem Wagen bleiben. Der Posten hatte

unterdessen den Kommandanten verständigt. Der kam, ein junger Matrose. „Ihr fahrt nach der Front?“

„Ja!“
„Wo ist euer Führer?“
Franz Kreuzat meldete sich. „Komm mit, Genosse!“ sagte der Matrose. „Was braucht ihr noch alles?“ fragte er unterwegs.

„Ein schweres Maschinengewehr könnten wir noch brauchen!“ sagte Franz.

„Alles könnt ihr kriegen, nur kein Geld!“ lachte der Kuli. „Waffen und Munition haben wir genug!“ Er rief ein paar Arbeiter herbei und gab Befehl, den Zug mit allem Nötigen zu versorgen. „Habt ihr schon gegessen?“ fragte er Franz.

„Die meisten wohl noch nicht!“ erwiderte er.
„Auf die Genossen, ihr könnt hier abjuttern! Ihr habt noch schlechte Tage vor euch,“ sagte der Kuli.

Franz Kreuzat staunte. In kurzer Zeit solche Organisation. Der Kuli führte ihn in einen Holzsaal, in dessen hinteren Teil sich die Küche befand. Sechs große Kessel dampften dort und verbreiteten den lederen frischen Duft gekochter Hülsenfrüchte.

Schwitzende und plaudernde Frauen, beschützt und mit Kopftüchern, tischten den wartenden Rotarmisten das Essen auf; andere spülten das Geschirr und schälten Kartoffeln, die man bei der Befehung der Baraden vorgefunden hatte.

„Laßt euch das Essen geben und ringehauen!“ sagte der Kuli und zeigte lachend eine Reihe blühender Zähne, da ihn Kreuzat bewundernd ansah. „Da staunste, was? Franz Kreuzat nickte mit ehrlichem Staunen.“

„Kommandant ans Telefon!“ rief ein Arbeiter in den Saal hinein.

„Siehste, so geht es fortwährend!“ sagte der Kuli.

Raum war er hinaus, kam noch eine an: „Wo ist Gerhard?“

„Ist eben gerufen worden,“ sagte eine der Frauen, „ans Telefon ist er!“ Sie wandte sich zu den Leuten des Kreuzatzuges: „Der muß rennen, sag ich euch!“

Der Schnibder machte sich um die Kessel zu schaffen, hob die Dedel auf und mußte den Inhalt wie ein bevollmächtigter Küchenkontrollleur. Ein Holzstiel platzte ihm ins Gesicht. „Du — wat suchst du da, du Vogelſcheuſel!“ schimpfte eine Stämmige. Die anderen Frauen quetschten auf.

(Fortsetzung folgt.)

Rund um den Erdball

Bei Tage Plattegeschrei der Gemeindebullen

... und abends im Hotel Esplanade

Bei kaltem Bisselt, Schnäpfen und dicken Zigarren läßt sich trefflich über „Sparfönn und wirtschaftliche Vernunft“ reden

Berlin, 22. November. Wie wir bereits berichteten, fand am Freitag im Plenarsaal des Reichstages der Delegiertentag des Verbandes der preussischen Landgemeinden statt. Aus allen „deutschen Gauen“ waren die durchweg bürgerlichen und sozialdemokratischen Vertreter der ausgeplünderten Landgemeinden nach Berlin geeilt, um über die katastrophale Lage der Gemeindeverfassung Bericht zu erstatten und der Regierung einmal „ordentlich die wahre Meinung ihrer rebellierenden Gemeindeangehörigen zu zeigen“.

„Pf, pf! ... wir sind allzumal Sünder!“

Es sollte eine „Generalabrechnung“ mit der Reichsregierung werden, die den Gemeinden immer rigorosere Steuerüberweisungen kürze und der „jegliches soziales Verständnis fehle“. Aber wie wir bereits ausführlich zu berichten wußten, wurde aus dieser „Generalabrechnung“ dank Brüning und seinem treuen Sekundanten Severing eine regelrechte Generaleinseitigung. „Pf, pf! Nicht so stürmisch, meine Herren“, beruhigte der Metallarbeiter Severing, „warum sollen wir uns Vorwürfe machen, sind wir doch allzumal Sünder gewesen.“

„Zum Wohl, zum Wohl, Herr Kollege!“

Das geschah am Tage im Plenarsaal des Reichstages. Unter dem Eindruck des plötzlichen Redestroms des Reichstanzlers Dr. Brüning, der, wie die bürgerlichen Zeitungen berichten, „endlich gegen den unberechtigten, übertriebenen Pessimismus Stellung nahm“, und unter dem Eindruck der geistreich sein lassenden Rede des „unparteiischen Schiedsrichters“ Severing beruhigten sich die Gemeindevertreter zusehends. Und als dann

Ausbruch des Vulkans Kilauwa



Nach einjähriger Pause ist der Vulkan Kilauwa auf den Hawaii-Inseln wieder in Tätigkeit getreten. Neun Menschen wurden dabei getötet, zahlreiche andere werden noch vermisst. Viele Häuser verbrannten bis auf die Grundmauern.

Der erste deutsche Großsender in Betrieb genommen

„Achtung, Achtung! Hier Großsender Mühlacker“

Zwei je 100 Meter hohe Funktürme — 75 Kilowatt Antennenteistung

Stuttgart, 22. November. Unweit der württembergisch-badischen Grenze, zwischen Stuttgart und Karlsruhe, in der Gemeinde Mühlacker, ist am Freitag nach elfmonatiger Bauzeit der erste deutsche Großfunksender in Betrieb genommen worden.

„Großfunksender Mühlacker“ hat die Aufgabe, vor allem das Stuttgart-Frankfurter Gemeinschaftsprogramm zu verbreiten, um nach den offiziellen bombastischen Verlautbarungen dem „kulturellen und künstlerischen Leben Süd- und Südwestdeutschlands einen starken Widerhall in Deutschland und in der Welt zu verschaffen“. Der neue Großsender, dessen zwei je 100 Meter hohe Funktürme weithin sichtbar sind, besitzt eine Antennenteistung von 75 Kilowatt. Die Einweihung gestaltete sich wie immer, bei denartigen Anlässen, zu einem nationalen Kummel unter dem Motto „Deutschland in der Welt voran“. Doch die Arbeiterschaft mit ihren wirtschaftlichen und kulturellen Problemen ebenfalls auf diesem neuen Großsender

die Reichstagsangestellten den Gemeindevertretern schmunzelnd eine auf teurem Blütenpapier gedruckte Einladung zu einem „parlamentarischen Abend“ in die Hände drückten, schwand bei allen auch der letzte Rest der mitgebrachten Verstimmlung. Vergessen war die Not der Gemeindeangehörigen! Vergessen auch die Sorge, wie die immer größer werdende Zahl der Wohlfahrtsunterstützungsempfänger besriedelt werden könnte.

350 langen zu

Einige Stunden später. Rund 350 Gemeindebullen aus allen „deutschen Gauen“ lagen an der riesigen schneeweiß gedeckten Tafel im Hotel Esplanade. Geschäftige Kellner rasen mit fliegenden Kochschöpfen und herrlich garnierten kalten Platten herbei. „Bitte, will der Herr sich nicht bedienen?“ „Natürlich, der Herr will und langt zu. Rund 350 gutgenährte Vertreter von hungernden Gemeinden langen zu. 15 Mark kostet aber ein Gedul. Ist das nicht der Satz, womit ein

Petroleumfunde am Toten Meer

In Palästina wurde in der Umgebung des Toten Meeres Erdöl erbohrt. Die Konzession zur Ausbeutung dieser Vorkommen haben englische Kapitalisten an sich gerissen. Der faschistische Terror der MacDonald-Regierung gegen die Eingeborenen macht sich also bereits bezahlt.



Entsetzliche Eisenbahnkatastrophe in Frankreich

D-Zug in die Loire gestürzt

Bergebliche Warnung — Der Zug sprang in voller Fahrt aus den Schienen Glücklicherweise nur zwei Todesopfer

Paris, 22. November. In der Nacht zum Sonnabend ereignete sich zwischen Ancenis und Nantes in der Nähe des Bahnhofes Ludon ein folgenschweres Eisenbahnunglück. Der Schnellzug Paris-Saint Nazaire entgleiste in voller Fahrt. Die Lokomotive, zwei Packwagen und ein Personenzug stürzten den Dammbau unter in die Loire, die zur Zeit starkes Hochwasser führt. Die Ursache der Katastrophe ist in eine infolge der andauernden Regenfälle hervorgerufene Schienensenkung zu suchen.

Sofort nach Bekanntwerden des Unglücks eilte von Nantes ein Hilfszug an die Unglücksstelle. Nach den bisher vorliegenden

Meldungen wird bekannt, daß ein Angestellter des Bahnhofs Ludon, der von der Tatsache der Schienensenkung kurz vor Eintreffen des D-Zuges Kenntnis bekam, den Schnellzug einige hundert Meter mit der Lampe entgegengelassen ist und verzweifelte Anstrengungen machte, den Zug zum Halten zu bringen. Der Beamte bezahlte seine Diensttreue mit dem Tode. Er wurde vom Zuge erfaßt und zermalmt.

Man weiß jetzt, daß der Zug in voller Fahrt aus den Schienen sprang. Die Lokomotive fuhr noch einige Meter neben dem Gleise her, stürzte sodann um und rollte den Eisenbahndamm hinunter in die Loire, einen Personenzug und zwei Packwagen mit hinunterziehend. Die Befürchtungen, daß dieses Unglück viele Todesopfer gefordert habe, hat sich glücklicherweise nicht bestätigt. Wie jetzt feststeht, ist nur der Angestellte des Bahnhofs Ludon und der Lokomotivführer ums Leben gekommen. Weiter wurden vier Schwerverletzte ins Krankenhaus von Nantes eingeliefert. 10 Passagiere erlitten leichtere Verletzungen und konnten nach Anleugung von Rotverwundungen ihre Reise fortsetzen.

Opfer der Meineidsfende

Hamburg, 22. November. Das Altonaer Schwurgericht war gezwungen, nach viertägiger Verhandlung die Bäckerin Anna Sator, die wegen Meineides vor fast drei Jahren zu Zuchthaus verurteilt worden war und bereits einen großen Teil der Strafe verbüßt hat im Wiedereröffnungsverfahren freizusprechen.

Die Wiedereröffnung des Verfahrens war von dem früheren Verteidiger betrieben worden. Der Staatsanwalt hat: Freispruch wegen mangelnder Beweise beantragt, während der Verteidiger für Freisprechung wegen erwiesener Unschuld plädierte. Sämtliche Kosten einschließlich der Verteidigung wurden der Staatskasse auferlegt.

70 000 Mark Wohlfahrtsgebelter unterschlagen

Das Landratsamt Schwerin ist zu der Mitteilung gezwungen, daß der Wohlfahrtsdirektor Lügenfärb: n nach den bisherigen Ermittlungen, die bis zum Jahre 1927 zurückgehen, rund 70 000 Mark von dem Gelde der Kreisler der Armen unterschlagen hat.

Tragisches Kleinbürgerdrama

Mutter und Sohn begehen gemeinsam Selbstmord

München, 22. November. In einer hiesigen Pension wurden am Freitagmittag die 61jährige Kaufmannswitwe Tolle aus Chemnitz und ihr 37 Jahre alter Sohn, ein Dr.-Ing., tot aufgefunden.

Unzweifelhaft liegt Selbstmord durch Vergiftung mit Blausäure vor. Aus hinterlassenen Briefen ist zu entnehmen, daß die beiden in unerträglich wirtschaftliche Notlage geraten sind und beschlossen hatten, gemeinsam in den Tod zu gehen.

Breslau

Wieder ein Prolet niedergeschlagen

Mutter und Kind — gemeinsam in den Tod

Der Polizeibericht meldet: Am Sonnabend wurden die 32jährige Fräulein Margarete K., geb. K., sowie ihre achtjährige Tochter Me in ihrer Wohnung in der Reichstraße gasvergiftet tot aufgefunden. Frau K. ist geschieden. Das Motiv zur Tat dürfte in der Ferkaltung ihrer Familienverhältnisse sowie in wirtschaftlichen Sorgen zu suchen sein.

Nach Auffassung der Kapitalisten sind in Deutschland 20 000 000 Menschen zuviel. Nun sind es nur noch 19 000 000... Proleten, ist das der richtige Weg, um aus dem Elend herauszukommen?

Nein!

Am Donnerstag, um etwa 23,30 Uhr, schlugen Nazisbanditen auf dem Neumarkt den Arbeiter Willi Genschel aus Schellwig mit einem Jagdgewehr nieder. Durch die Schläge wurde dem Arbeiter der Kopf zweimal gespalten und er mußte ins Lazarett eingeliefert werden. Die Hitler-Banditen riefen ihren Kampfruf, worauf der Arbeiter sie aufgefordert hatte, ruhig zu sein. Diese Auf-

forderung beantworteten die Banditen, indem sie sofort auf den Arbeiter einschlugen.

Arbeiter, soll das so weitergehen? Sollen wir weiter latentlos zusehen, wie unsere Klassengenossen von den Faschisten niedergeschlagen werden? Nein! Formiert die antifaschistische Front. Hinein in den Kampfbund gegen den Faschismus.

Sozialdemokratische Elitenwirtschaft in der Ortskrankenkasse

Wie Sozialdemokraten mit Angestellten umgehen

Bei dem Sturm der Sozialdemokraten (nach der sogenannten Revolution) auf die Kassen und Büros um der Posten willen gelang es ihnen, innerhalb der Sozialversicherung die meisten Posten zu besetzen. So ist bekannt, daß in der Breslauer Ortskrankenkasse fast nur Sozialdemokraten sitzen — anderswo ist es ähnlich —, und daß trotzdem oder vielmehr gerade deswegen sich für die Kranken, die durchweg wertvolle oder erwerbsfähige Profiteure sind, nichts gebessert hat. (Wir berichteten schon des öfteren über solche Fälle.) Nun hat am Mittwoch ein Prozeß stattgefunden, der wie ein Blicklicht in die heillosen Mißwirtschaft und Aufgeblasenheit der sozialdemokratischen Bonzokratie innerhalb der O.K. hineinleuchtet. Auf der Anklagebank saß ein Angestellter der O.K., Dittrich, und der Robatteur einer Breslauer Wochenzeitung, gegen die auf Veranlassung des SPD-Kassenvorstandes Anklage erhoben worden war.

Dittrich, der seit 28 Jahren Mitglied der SPD und seit 16 Jahren Mitglied der freien Gewerkschaft, des I.G.L., ist, war den Kassenbonzen unbenutzt geblieben, weil er in Fachblättern für die Angestellten, gegen die Kassenbonzen auftrat. Und als er „advogate“, einen Prozeßverleihen in einem Prozeß gegen die Reichsbahn zu vertreten, setzte ihn der SPD-Kassenvorstand auf die Straße. Dittrich wurde fristlos entlassen. Das war im September 1929. Der Angestellte erhob Einspruch beim Versicherungsamt, und die Kasse muß ihm heute noch, nach über einem Jahre, Monat für Monat sein Gehalt zahlen. Wenn man herüberkommt, wie sehr die Gerichte und Behörden gegen Arbeitnehmer entscheiden, dann kann man erst ermessen, wie sehr sich der Kassenvorstand über die elementarsten Rechte mit nichts dir nichts hinwegsetzt hat. Dittrich hat in allen Instanzen recht bekommen, trotzdem sorgen seine Parteigenossen dafür, daß er nicht arbeiten darf.

Das ist die wahre Ursache der Klage, die durch einen Zeitungsartikel veranlaßt worden war. Über wie schon so manchmal bei Prozeßen, vertauschten sich die Rollen: der Angestellte wurde zum Ankläger, und als die moralisch Verurteilte ging die O.K. aus diesem Prozeß hervor. Die Angeklagten wurden freigesprochen, weil das Gericht ihnen die „Wahrnehmung berechtigter Interessen“ zubilligte. Der Vorwurf der Vorkassiererei — so hieß es in dem Artikel — ist nach Meinung des Gerichts nicht erwiesen. Dabei hatten die Angeklagten gar keine Gelegenheit, den Wahrscheinlichkeitsbeweis zu führen.

Anwesend waren Vertreter des Kassenvorstandes, unter anderen der Sozialdemokrat Sent, 1. Vorsitzender der Kasse, Stadtrat und Gewerkschaftssekretär. Der Anwalt des Nebenklägers, Rechtsanwalt Bandmann, der sozialdemokratische Stadterordnetenvorsteher, verlangte kategorisch die Bestrafung der Angeklagten und zeigte sich

sehr verwundert, daß „das Gericht für die Rücksichtnahme aufzuringe“. Echl sozialdemokratisch! Nach Bandmann und Sent ist die Kasse das reinste Paradies, dort ist alles in Ordnung! Gut, aber für wen? Für die Versicherten bestimmt nicht! In der Breslauer Ortskrankenkasse, in deren Vorstand die freien Gewerkschafts- und SPD-Vertreter die Mehrheit haben, herrscht eine sozialdemokratische Elitenwirtschaft. Nach den Worten des Rechtsanwalts Dr. Gottschalk, des Verteidigers der Angeklagten, ist diese „erwiesene Elitenwirtschaft selbstverleugend und himmelschreiendster Art“.

Sent, der 1. Vorsitzende der Kasse, gleichzeitig 1. Vorsitzender des Verbandes der schlesischen Krankenkassen, weiß nichts davon oder will nichts davon wissen. „Die Tüchtigen machen eben schnell Karriere“, so meinte er. Aber um Karriere zu machen, muß man erst im Betriebe sein. Für gewöhnliche Sterbliche ist das nicht möglich. Wenn man mit einem Bonzen verwandt ist, geht es sofort. Sent hat seinen Sohn im Heilmittelwert der Kasse und seine Nichte in der Kasse selbst beschäftigt, der Verwaltungsdirektor Kirchhoff seinen Sohn in der Kasse, jetzt im Kassenrevisionsverband. Herr Peikert, auch ein SPD-Mann, hatte einen Sohn in der Kasse, der dann entlassen wurde; heute sitzen Vater und ein anderer Sohn im Kassenverband. Der Oberbonze Bierlich hat seinem Bruder einen Posten in der O.K. verschafft. Das sind nur ganz wenige Beispiele, die sich beliebig vermehren lassen.

Wie es bei der O.K. zugeht, dafür folgenden Fall, der bei dem Prozeß zur Sprache kam. Voll Stolz sagt Sent, daß der Sohn des Kirchhoff die beste Prüfung gemacht habe. Nachher stellt sich heraus, daß sein Vater im Prüfungsausschuß saß. Das mußten selbst die Klassenrichter beanstanden, bezoglichen der Staatsanwaltschaft. Über diesen Sozialdemokraten ist ja schon jedes Sauberkeitsgefühl verloren gegangen; solche Zustände halten sie für normal.

Die Ortsgruppe der Partei, an die sich Dittrich gewandt hat, unternimmt nichts. Ebenso der Zentralverband der Angestellten. Der 1. Vorsitzende von Breslau, Rechtsanwalt C. Klein, vertritt oft die Kasse, — eine besonders sinnige Verquickung beruflicher und politischer Interessen. Niemand will Dittrich helfen. Die Bonzen sind untereinander so verfilzt und verstrickt, ebenso wie mit den Behörden und dem Staatsapparat, daß sie nie etwas gegeneinander tun. Auf die politische Entartung und Korruption folgte die des Charakters. Wann werden das die Mitglieder begreifen und erkennen, daß hier mit Bestimmungen und Personenwechsel nichts getan ist, sondern daß es nur ein gibt: die Partei des Klassenverrats und der Korruption schlaunigt zu verlassen!

General-Mitgliederversammlung am Dienstag

Am Dienstag, dem 25. November, um 20 Uhr, findet im „Centralballsaal“ eine Generalmitgliederversammlung mit einer sehr wichtigen Tagesordnung statt. Daran haben teilzunehmen alle Mitglieder der Partei, des Kommunistischen Jugendverbandes und alle Mitglieder der besrenzten Organisationen. Mitgliedsbuch als Ausweis ist mitzubringen. Referent: Gen. Ernst Wollweber. — Bezirksleitung Schlessen, Sekretariat.

Wieder ein Hereingefallener

Erzürnt da in Berlin ein Versicherungsvertrag, genannt „Die Buchleise“. In diesem Vertrag erscheint u. a. die Zeitschrift „Mein Welt“. Die „Buchleise“ Verlagsleitung hatte ihre Vererber auch nach Breslau entsandt. Diesen ist es gelungen, einige Wohnrenten zu werben, da sie für den Fall eines Unfalls oder des Todes Beträge bis zu 5000 Mark in Aussicht stellten. Als nun der Wohnrent W. O. von der Sobanstraße 12 arbeitslos wurde und nicht insstande war, das Wohnrentengeld zu bezahlen, hatte die Verlagsleitung nichts Erlegeres zu tun, als ihm einen Zahlungsbefehl (!) in Höhe von 10,50 Mark zuzustellen. — Einen Kommentar brauchen wir nicht hierzu zu schreiben.

Bis 14 Stunden täglich

A. K. Im neuen Hafen Babelsberg, im Betrieb der Schlessischen Dampfkompanie, herrschen Zustände, die jeder Beschreibung spotten. Die Boots- und Steuerleute müssen für 15 Pfennig Stundenlohn schuften, und zwar 13 bis 14 Stunden. Obwohl Arbeitermangel herrscht, werden Neueinstellungen nicht vorgenommen. Wer ausmüdet, der fliegt. Wir fordern die Arbeiter auf, in geschlossener Front den Kampf gegen diese Zustände aufzunehmen.

Arbeitsunfähig geschlagen

Der Erwerbslose D. Sch. von der Scheitniger Straße 14 wird zurzeit in der Holzspalteanstalt beschäftigt und erhält für 48 Stunden Arbeit 14 Mark Wochenlohn. Da er einen Teil seiner Sachen auf das Leichnam tragen mußte und sie nun fällig waren, beantragte er beim Wohlfahrtsamt einen Vorstoß in Höhe von 10 Mark. Er wurde von einem Tag auf den anderen verdröset und sollte auf einen schließlichen Beschluß warten. Da der Fälligkeitstermin heranrückte, begab sich der Kollege am Freitagvormittag auf die Blockhelle 2. In seiner Erbitterung über die Ablehnung des Antrages ließ er einige heftige Worte hervor, worauf eine ganze Meute von Beamten sich auf ihn stürzte und ihn schlug. Der Arzt (Dr. Marmeschele), zu dem sich der Kollege nach der Mißhandlung begab, schrieb ihn bis zum 24. November arbeitsunfähig ein. Beweis, daß die Mißhandlung keineswegs leichter Natur war. — Das nennt man „Wohlfahrt“!

Für Proleten gibt es keine Wohnung!

Ein Arbeiter schreibt uns: Ich bin mit meiner Frau und einem Kinde bereits seit anderthalb Jahren gezwungen, in einer elenden Schrebergartenlaube zu hausen. Alle meine Bemühungen beim Wohnungsamt, eine Wohnung zu erhalten, blieben ohne Erfolg. Die 400 Kleinwohnungen, deren Bau in Breslau in Angriff genommen ist, sind ein Tropfen auf den heißen Stein, wenn man die große Wohnungsnot in Breslau berücksichtigt. Wie lange soll das noch so weitergehen?

Die Kartoffeln sollen verfaulen!

Vor einiger Zeit hatte ein Erwerbsloser auf den Schienen des Freiburger Bahnhofes bei der Verladung heruntergefallene Kartoffeln aufgefunden, um sie im Pauschali zu verwenden. Daraufhin erhielt er von der Bahnpolizei einen Strafbefehl, in dem es ohne längere Begründung hieß: „Sie haben sich in unbedingter Weise auf der Ladestraße des Bahnhofes Breslau, Freiburger Bahnhof, aufgehalten und haben dort herabgefallene Ladereife (Kartoffeln) aufgefunden. Ich sehe deshalb gegen Sie auf Grund der Paragraphen 77/82 der Eisenbahn- und Betriebsordnung vom 17. Juli 1928 eine Geldstrafe von zwei Reichsmark fest.“ — Nicht wahr: Wir sind ein Ordnungsstaat!

„Wenn das Dritte Reich kommt...“

Am Mittwoch findet im „Bergkeller“ eine öffentliche Versammlung der Roten Hilfe statt. Thema: „Wenn das Dritte Reich kommt — wird Deutschland ein Zuchtstaat für die Weltkrieger.“ Referent: Genosse Wollweber. Anschließend Lichtbildervortrag über § 218: „Abtreibung oder Schwangerschaftsunterbrechung.“

„Der blaue Express“

Am Konzerthaus zeigen die Gebr. Hirschberg jetzt den „Blauen Express“, einen Sowjeto-Film des Regisseurs Nija Trauberg mit der Originalmusik von Edmund Weisler, den kürzlich verstorbenen revolutionären Komponisten. Hier ist endlich wieder einmal ein Film, zu dem wir aus ganzem Herzen freudig Ja sagen können, ein Film, der uns sofort in seinen Bann schließt. So daß wir aufgeregt den turbulenten Vorgängen auf der Leinwand folgen. Hier ist nichts von der funkelnden, nichts-liegenden Glätte unserer „Spitzenfilme“, gar nichts von der charakterlosen Puppigkeit amerikanischer Filmweibchen — es geht groß und brutal und sogar etwas unbeholfen zu in diesem Film, der das Werk eines Anfängers ist. Aber eines packt uns hier, reißt uns mit und läßt uns aufgeregt siehern. — und das ist der warme Strom des nackten Lebens, den die Kamera eingefangen hat: drastisch, grell und unverborgen. Besonders interessant wirkt der Film dadurch, daß er in China spielt. Der „Blaue Express“ hat drei Wagenklassen. In der 1. Klasse prunkten und praxen die Ausbeuter nebst ihren mili-

Mobilisiert

zur Massenkundgebung am Donnerstag um 18 Uhr auf dem Platz der Republik!

Abmarsch von den Stadtteil-Sammelplätzen um 17 Uhr.

- Ost: von Joublik, Königgräber Straße;
- Nordost: von Rabierstraße, Hirsch, Ede Bodstraße;
- Nord: von Reichenburger Platz;
- West: vom Striegauer Platz;
- Zentrum: von Wall, Ede Neuschestrasse;
- Süd: von Gräbischener, Ede Friedrichstraße.

tärischen Trabanten, in der zweiten schwachen „modernisierte“ chinesische Kaufleute, richtige Staatspartei-Typen, und in der dritten hoden zusammengepackt auf dem Erdboden, wie das Vieh, die Kulis. Ein weißer Aufseher mit brutaler Sackstiefen will an einem kleinen Chinesenmädchen seine Eier füllen, der Bruder des Mädchens stürzt sich auf ihn, und der Aufseher tolt tot in die Ede. Da die Kulis wissen, was ihnen nun droht, verschaffen sie sich im Gepäckwagen Waffen. Es kommt zu einem aufregenden Kampf auf dem fahrenden Zuge zwischen den Begleitkolonnen und den Kulis. Schließlich wird die Besatzung überwältigt und der Zug braust donnernd über die Grenze der Freiheit. Herrlich, wie das gemacht ist! Prachtvolle Chinesengestirter, Augenpaare von einer unerhörten Ausdrucksstärke — das haben wir noch nicht gesehen! Vierhundert chinesische Arbeiter und Bauern fühlen und empfinden wie wir — das lassen wir mit Begleitung aus diesen gelben, schließ- äugigen Gesichtern. — Im Beiprogramm läuft ein Film von einer deutsch-russischen Expedition ins unerforschte Pamir-Gebiet. — Das Konzerthaus schien uns allerdings nicht der geeignete Rahmen für den „Blauen Express“.

Neue Telephonnummer der „Neuwag“

Mit dem heutigen Tage hat die Druckerei „Neuwag“, in der unsere Zeitung hergestellt wird, die Telephonnummer 464 55 erhalten. Wir bitten dies zur Kenntnis zu nehmen.

Dr. med. Max Hobann, Stadtarzt von Berlin, spricht am 28. November im „Schiefwerber“ über „Die Sexualnot unserer Zeit, ihre Ursachen und die Voraussetzungen ihrer Beseitigung.“

Raubüberfall. In der Nacht von Freitag zu Sonnabend, gegen 2 Uhr, wurde ein Tiefbauunternehmer aus Lohse, Kreis Breslau, am Ende der Lohsestraße von mehreren jungen Männern überfallen und beraubt. Die Täter raubten 70 Mark Bargeld, 1 Flasche Korn, ¼ Liter Rum und 1 silberne Taschenuhr mit Kette.

Am Freitag gegen 19 Uhr wurde im Grundstück Karlstraße 46 einer Frau die Handtasche mit Papieren und 1,50 Mark Inhalt von einem 16-18jährigen Burschen entziffen. Die Handtasche mit den Papieren wurde später im Hofe desselben Grundstückes vorgefunden.

Verkehrsunfall. Am Sonnabend, gegen 23,20 Uhr, fuhr der Kraftdroschkenführer J. aus der Königgräber Straße mit seinem Wagen die Kaiser-Wilhelm-Straße entlang, als an der Ecke Kaiser-Wilhelm- und Moritzstraße der Kaufmann H. aus der Körnerstraße mit vorgehaltenem Schirm über den Straßenbamm lief, und in die Kraftdroschke hinein. Dem Kraftdroschkenführer war es nicht mehr möglich, diese so schnell zum Halten zu bringen, und wurde der Fußgänger in hohem Bogen von dem Auto auf die Straße geschleudert. Der Verletzte wurde von dem Kraftdroschkenführer sofort in das Wenzel-Gandke-Krankenhaus geschafft, woselbst bei dem Verletzten ein Oberschenkelbruch, Armbruch und Schullerprellung festgestellt wurde.

Schlägerei. Gestern gegen 23 Uhr kam es in der Tauentzienstraße, unweit der Böschstraße, zu einer Schlägerei zwischen mehreren Personen. Es bildeten sich zwei Parteien, die sich mit harten Gegenständen Verletzungen beibrachten. Zwei dieser Personen mußten in das Warmherzige Brüderkloster zum Verbinden gebracht werden. Die Angaben, wer die Schlägerei begonnen hat, sind widersprechend.

Reparaturwerkstatt für Kleiderbürsten. Vor einiger Zeit ist auf einen Schwindler aufmerksam gemacht worden, der sich Max Houbé bzw. Erich Klein nannte und sich als Eigentümer einer Reparaturwerkstatt für Kleiderbürsten ausgeben hat. Er hatte einem Arbeitslosen 50 Mark abgenommen, indem er ihm vorstundelte, er könne als Teilhaber bzw. Mitarbeiter in diese Reparaturwerkstatt eintreten. Als Täter ist der Kaufmann Erich Preuß ermittelt und festgenommen worden.

Notte Hilfe Nord. Sämtliche Mitglieder erscheinen Dienstag fi 9 Uhr bei Salomon, Rosen-, Ede Ottostraße.

Mittelschlesien

Neumarkt. Die „antifaschistische“ Kundgebung, zu der die Neumarkter Sozialdemokratie aufgerufen hatte, war eine Riesenspleiße. Nawroth erschaal, als er auf dem Ringe erschien, vor der großen Masse — der Pfalterbeine. Beinahe kam er in die Verfluchung, die Kapelle das Stück spielen zu lassen: „Ach bleib bei mir, und geh nicht fort.“ Insgesamt waren etwa 200 Personen anwesend. Die Proleten erkennen eben, daß die sozialdemokratischen Bürokraten in Wirklichkeit keinen Kampf gegen die Faschisten führen. Kollegen, bleibt nicht auf halbem Wege stehen. Her zu uns! Schließt euch der roten Front an!

Stanowik. Der Stahlhelmführer Wedlich glaubt, die Arbeiter als Menschen zweiter Klasse behandeln zu dürfen. Er hat schon des öfteren Arbeiter angepöbeln. Vor einigen Tagen gingen zwei Schottwägen Arbeiter die Schachtelbacher entlang. Der Förster befand sich auf der gegenüberliegenden Seite und schob, ohne anzurufen, in der Richtung nach den Arbeitern, so daß die Schrotkörner diesen um die Ohren piffen. Zur Rede gestellt, antwortete der Förster, er könne schiefen wohnen er wolle. Wir raten dem Förster, seine Schießwut zu mäßigen, da schließlich die Arbeiter sich auf die Dauer nicht alles gefallen lassen werden.

— Selbstmord. Der frühere Aderluischer und jetzige Rentenempfänger B. Döhl hat sich am Montag in seiner Wohnung durch Erhängen das Leben genommen.

Waldenburger Bergland

Heuchler und Demagogen in Weißstein an der Arbeit

Die letzte Gemeindevertreterversammlung hat wieder einmal ausweichend Gelegenheit, die Arbeiterfeindschaft der bürgerlichen Parteien und der SPD. kennenzulernen. Neben einigen unwesentlichen Tagesordnungspunkten standen zwei Punkte zur Debatte, die praktischen Anschauungsunterricht für die Arbeiter darstellten über die Praxis bürgerlicher und sozialdemokratischer Kommunalpolitik.

Die Erwerbslosen hatten einen Antrag eingereicht, der eine Winterbeihilfe forderte. Der bürgerlich-sozialistische Gemeindevorstand hatte es nicht einmal für nötig gehalten, diesen Antrag überhaupt auf die Tagesordnung zu setzen. Die SPD-Fraktion erhob dagegen Protest und verlangte Behandlung dieses Antrages. Mit knapp drei Stimmern nach dem bekannten Schema, „Es ist kein Geld da“, hielt die SPD. den Antrag für erledigt. Hier sei noch daran erinnert, daß, als die SPD. seinerzeit einen ähnlichen Antrag eingebracht hatte, die SPD.-Heuchler unsere Zustimmung zur Biersteuer verlangten, mit der Begründung, daß die Mittel aus der Biersteuer für die Erwerbslosen verwendet werden sollten. Die Biersteuer wurde gegen die Stimmen der SPD. angenommen. Die Erwerbslosen hofften nun wirklich, Winterbeihilfe zu bekommen. Jetzt aber ist es damit vorbei. Die Biersteuer soll zur Deckung des 14 000 Mark bestehenden Defizits verwendet werden.

So wie auf diese Weise die Erwerbslosen betrogen wurden, soll es auch den unterstehenden Hilfsbedürftigen gehen. Unsere Fraktion hatte verlangt, beim Kreis eine 30 prozentige Erhöhung der Sätze zu beantragen. SPD. und Bürgerliche lehnten die Weiterleitung dieses Antrages ab. Diese Judasrolle wagten die SPD.-Vertreter damit zu „begründen“, weil sie sich angeblich dadurch, „blamieren“ würden. Der Vertreter unserer Fraktion rief diesen Heuchlern die Maske vom Gesicht, indem er feststellte, daß diese Leute wohl dafür zu haben waren, für die katholische Schwesternstation Mittel bereitzustellen, aber bei den Erwerbslosen heißt es immer: „Keine Ausgabe, ohne Dedung!“

Dann leisteten sich diese Demagogen noch ein besonderes Stückchen. In einem Dringlichkeitsantrage befaßten sie die Frechheit, gegen die Drängungssteuer zu protestieren. Unser Vertreter rief auch hier den Demagogen die Maske vom Gesicht, indem er nachwies, daß die SPD. entscheidende Schuld an dem Brüningschen Hungerkurs trägt und sie es auch ist, die in den Gemeinden diesen Kurs durchführt. Unser Genosse erinnerte hier daran, daß der SPD.-Vertreter Elster seinerzeit sogar die Brüningschen Notverordnungen als ein Glück für die Gemeinden bezeichnet hat.

Alles in allem war der Verlauf dieser Sitzung wirklich sehr aufschlußreich, und unsere Aufgabe muß es sein, für möglichst weitestgehende Verbreitung dieser Lehren unter allen Arbeitern Sorge zu tragen.

Mit der Grubenfunze durchs Waldenburger Land

Hallo! Jungarbeiter aus dem Hungergebiet! Sie wollen dich entsorgen, die schwarzrotgelben Republikaner. Sie schicken dir gedruckte Zettel ins Haus. Du sollst dich zur „leidenschaftlichen Abwehr gegen den Faschismus wehrhaft machen“. Du lachst, lachst du so eine rabuläre Anwandlung. Im Jungbannern Schwarz-Rot-Gelb sollst du das, sowohl, wo ein Tropfen so echt republikanisches Blut wie der Tod gefürchtet wird. Nein, mein lieber Jungarbeiter, du sollst dich mit „geistigen Waffen“ ausrüsten, und zwar so lange, bis du von den braunen Mordhunden in Stücke gehauen bist. Das wollen diese Gelbbläueler, die den Faschismus mühsam genug mit der Trinitätsfluthe aufzogen. Es hat ihnen Mühe genug gekostet, aus einem „Weißbrot“ einen „übermittigen Burschen“ zu machen. Zum Dank für diese aufopfernde Pflege kriegen sie heute von dem einstmaligen Weißbrot (Kugel) das Leder vollgebaue. Ich möchte sagen, „der Vater Espeheh ist des Sohnes Kugel nicht mehr mächtig“. Das Lotmittel ist die Versicherung bis 1500 Mark gegen Unfall im Beruf und im Dienste des Reichsbanners. Jungarbeiter! Laß dich nicht verlocken. Du willst erst einmal für eine bessere Zukunft kämpfen, daß noch keine Lust zum Sterben. Bist du bereit zu kämpfen, dann komme in den kommunistischen Jugendverband!

Vorige Woche habe ich eines Tages so gegen 4 Uhr (früh natürlich) mit meinem „Junge“ in Niederjatzbunn am Ostbahnhof zum Fest. Der Röhrlhändler Leuber aus Weißstein kommt mit seinem Auto vorgefahren und begehrt Einlaß, den man ihm nicht, aber zwei Frauen, gewährte. Er holt den Nachtwachbeamten, und die Tür wird geöffnet. Versammelt waren dort Fabrikbesitzer Ohme, Fabrikbesitzer Franze, Direktor Seiler (von Ohme) und der frühere Porzellanmacher Köhler. Letzgenannter fungierte wahrscheinlich als Komitè. Schließlich gab es Krach zwischen den „angeheiteren“ Herren und Leuber, etwas später keilte, was aus einem geschwollenen „Bemüßigarten“ zu ersehen ist. Man soll eben durchaus kein Geld pumpen. Erst die Verhärkung durch den Landjäger konnte dem Drama ein Ende bereiten. Schluß. Anzeige. Ob die von der Stilllegung der Ohme-Fabrik Betroffenen auch solche Ziden reizen können, oder die Kurtzarbeiter von Franze?

Bergverwalter König von der Davidgrube ist, ebenso wie sein Kollege Ehla, Bestenjäger geworden. Die Pumpen werden sich auch von einem Verwalter nicht bestimmen lassen, ob sie mit oder ohne Beste arbeiten. Das sind vollkommen neue Anmahnungen, aber brauchen Sie so notwendig eine Beste?

Die „Anastasia“ von meinem Genossen Damsel in Weißstein war so verblüfft über den „ungehörigen Preissteiger“, daß sie in aller Aufregung den zum Ofenheizen notwendigen Lehm vergessen hatte. Sie dachte nach, wo sie in hundert Jahren den Lehm herinimmet. Plötzlich ein rettender Gedanke. Sie hat die Ofenheizer wurden eingeschickt. Hammer, Meißel und einige Tropfen Schweiß werden notwendig sein, wenn der Ofen wieder mal geheizt werden soll. Damsel erfährt es, wird wilde, nimmt aus irgendeinem Schut einen kleinen Beutel und fährt nach Waldenburg, um sich im Stadthaus gehend zu haben. Schüttelt etwas Pulver auf die Hand zum Haarewaschen. Kein Schmutz. Gußt auf den Beutel: Katron. Ich weiß nicht, wer am meisten von den Beiden gelacht hat.

Der „Dreiwacht“-Dusel wird von Woche zu Woche laibiger, was die Waldenburger immer mehr und mehr erkennen. Er bringt am vergangenen Sonntag so diverse Ergüsse, die von Lüge und Gemeinlichkeit geprägt sind. Dusel Baum scheint sich oft in dem Stadthaus zu be-

finden, in welchem er in Sangers Dolak (in Dittersbach) in seinem eigenen „Enguß“ photographiert worden ist. Er hat sich bereits selbst gerichtet.

Wenn in Gottesberg die Einführungsfeierlichkeit des Geistes von Herrn Pastor Jatzewski stattfinden wird, muß ich aber mit meiner Junge auch dabei sein. Bei der Abschiedsfeier von Pastor prim. Höld war eine rührige Gesellschaft versammelt. Ich sang bei dem Abschied: „Wenn ich auch leb, da muß ich weinen.“ Die geistlichen Abschiedsworte wurden gesprochen von Pastor, Pfarrer, Bürgermeister, Rektor, Studienassessor, Marschleiberssekretär, Gewerkschaftsangehöriger und von einem Bergmann. Die beiden letzteren, Hätner und Jäger, bekannt als Stadtvorworte, waren so der Clou der Feier.

Wie wird dein Abschied gefeiert, Arbeiter? Du wirst auf dem Arbeitsamt von Schäfer zu Schäfer geschickt, um eventuell nach einigen Wochen zu hören: Antrag abgelehnt. Was erhält ein Bergarbeiter nach 30 Jahren schwerer Arbeit? Einen Fußtritt. Die Pension eines Pastors reicht vollkommen, weiterhin gut zu leben. Die sterbende Stadt kann sich's leisten, für eine Religionsstunde so einem Schwergewichtler 8,10 Mark zu zahlen. Was müßt ihr da als Bergmann, an der Leistung gemessen, in der Stunde verdienen?

Der Nazi-Nazi-Hauptling Klose, Hosielerant von alten Braden für S. M. S. Hüller, wirbt für eine nationale Fremdenlegion. Das Dritte Reich soll und darf nicht untergehen, und so sucht er 150 Erwerbslose zur Bekämpfung der roten Flut. Die Erwerbslosen haben für seinen Hokusfokus kein Verständnis, so daß er mit den Kaufmannsklaffen allein bleiben wird. Zwei verhasste SPD.-Genossen will der Unter-Hüller-General durch die SA. erledigen. Na, hoffentlich geht keine Fensterkerbe kaputt bei. Das geht über die Kreuze, Fenster- und Hakenkreuze. Heul!

Überall Untun, nur in Sangwallerdorf herrscht tiefer Frieden. Am 14. September war die letzte Gemeindevertreter-Sitzung. Da geht mal in aller Stille ein Mahnbrief an einen armen Proleten. Das flattern Wohlhabensunterstützungsanträge auf den Tisch und ebenso schnell wieder herunter. Da greift der Gemeindevorsteher allerhand Nebenarten gegen die Unterstützungsempfänger. Kürzung der Sozialrenten, das Elend geduldig tragen, das heißt: Frieden, das führt zum Wohle der Gemeinde, nicht wahr, Herr Gemeindevorsteher Kammel von der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft, Sie sagen doch immer so!

Was erwartet uns? Unerhörte Steuererhöhung. Wollen wir talentlos alles hinnehmen? Nein, heißt uns, den Entscheidungskampf organisieren, lest die „Arbeiter-Zeitung“! Jafon.

Görlitz

Polizei-Schikane gegen die I.A.H.

Wenn die Polizei den proletarischen Organisationen etwas anhängen oder sie schikanieren kann, so tut sie es mit einer wahren Wollust. Dies zeigte sich wieder bei der Herbstveranstaltung der Internationalen Arbeiterhilfe in Görlitz. Ein Film- und Lichtbildvortrag sollte am Freitag, dem 21. November, im Konzerthaus stattfinden. Alles war bis ins Kleinste vorbereitet, aber plötzlich fiel der „ordnungsliebenden“ Görlitzer Polizei ein, daß man doch noch Schwierigkeiten machen kann und muß. Am Abend vor der Veranstaltung wurde dem Saalbesitzer mitgeteilt, daß seine Saalräumlichkeiten für solche Veranstaltungen nicht zugelassen seien, obwohl in vergangenen Zeiten schon mehrmals solche Aufstellungen gegeben worden sind. Auch in anderen Lokalitäten sind Filmvorführungen gegeben worden, obwohl diese auch nicht den polizeilichen Anforderungen entsprechen. Die Veranstalter waren aber keine revolutionären Organisationen. Dort sieht ja bekanntlich die Polizei das Gefährliche nicht. Wie soll man auch der Luftkassa und sonstigen Organisationen solche Sachen verbieten, sind diese Veranstaltungen doch im „Interesse des Staates und des Kapitals“. Alle Einwendungen bei der Polizei waren fruchtlos, sie fügte sich an eine ministerielle Verfügung, die bekanntlich nur gegen die revolutionäre Arbeiterschaft angewendet werden, nach dem Grundsatz: „Wenn zwei dasselbe tun, ist's nicht dasselbe.“ Der Filmvortrag fand doch statt, wenn auch durch die Verlegung in einen anderen Saal am selben Abend nicht der Besuch so war, wie wir es bei unseren Veranstaltungen gewohnt sind. Wir werden trotzdem dem Görlitzer Arbeiterkampf diesen Film „Die Todesbarke“, einen der besten russischen Filme, zur gegebenen Zeit nochmals vorführen und werden die Schikane der Polizei junichte machen, denn unser ist das Recht und unser ist der Sieg.

Glogau

Unerhörtes Wohnungselend

Wie sonst im Reich herrschen auch in Glogau unerhörte Wohnungsverhältnisse. So hausen hier in der Taubensstraße 15 in einer Wohnung zehn Personen. Schon seit 1923 ist eine Frau Sch. beim hiesigen Wohnungsamt als Wohnungsuchende eingetragen. Die Frau eines Sohnes der oben Genannten war infolge dieser

Massenentlassungen in der Landwirtschaft

Scharfenort, Kreis Gagnau. Getreu dem Beispiel der Industriekapitalisten planen auch die Großgutsbesitzer einen umfangreichen Lohnabbau, und zwar sollen nicht weniger als 30 Prozent der bisherigen Löhne abgebaut werden. Bahrgenüßlich um diesen Lohnabbau besser durchzuführen, sollen Massenentlassungen vorgenommen werden. Es wurden auf dem hiesigen Gute am 15. November wiederum vier Familien mit sechs-wöchiger Frist gekündigt. Als Grund wird Arbeitsmangel angegeben. In Wirklichkeit liegen die Dinge aber anders. Das geht auch schon daraus hervor, daß die Saisonarbeiter, die laut Vertrag hätten am 15. November entlassen werden müssen, noch heute hier beschäftigt werden. Man verfolgt damit offenbar den Zweck, einen Druck auf die hiesigen Arbeiter ausüben zu können, um sie dann leichter für die Anabertung gefügig zu machen. Erwähnt werden muß noch, daß der Ortsbürger ein framerer Nazi ist. Dieser famose Vertreter des sogenannten Dritten Reiches hatte es schon im vergangenen Sommer fertig gebracht, seine Löhne nicht nur in infanter Weise zu beschlagnahmen, sondern ihnen auch obendrein noch Prügel anzuhängen. Die Arbeiter können dann

Striegau

Nazis wollen in Erwerbslosenversammlung Dumme fangen

Am 20. November fand hier eine von der SPD. einberufene, gut besuchte Erwerbslosenversammlung statt. Ein Genosse vom Erwerbslosenausschuß in Schwedt hatte das Referat übernommen und zeigte in demselben an einer Reihe von Beispielen die Auswirkungen der letzten Verschlechterung der Erwerbslosenversicherung auf. Seine Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. An dem Vortrag schloß sich eine sehr lebhaft diskutierte Diskussion an. Auch die Nazis suchten sich bei den Erwerbslosen angubiedern. Sie mußten aber die Erfahrung machen, daß diese von den Nazis nichts wissen wollen. Ihr Diskussionsredner wurde durch empörte Zwischenrufe unterbrochen, und als sich dieser durchsogar dazu verließ, die Dienstpflicht zu verteidigen, mußte er Schluch machen und sich verdrücken. Auch ein Erwerbsloser von der SPD. ergriff das Wort, wollte aber von einer Vertretung der Erwerbslosen in einem besonderen Ausschuss nichts wissen. Er vertrat vielmehr die Auffassung, daß nur die organisierten Erwerbslosen Anspruch auf Vertretung hätten, welche dann durch den ADGB. wahrgenommen werden sollte. Ein weiterer SPD.-Mann wagte wohl, sich durch allerhand blöde Zwischenrufe bemerkbar zu machen, fand aber nicht den Mut, sie zu verteidigen, was nicht verwunderlich ist, weil dieser Zwischenrufer als Speichellecker der SPD. bekannt ist.

Im Schlußwort präparierte der Referent sowohl die Arbeiterfeindschaft der Nazis als auch der SPD. entsprechend an. Am Schluß der Versammlung wurde ein Erwerbslosenausschuß gewählt, und dieser trat gleich zu einer Beratung zusammen. Damit haben die Erwerbslosen von Striegau den ersten Schritt getan, um eine wirksame Vertretung ihrer Interessen herbeizuführen. Es darf dabei aber nicht sein Bewenden haben, sondern alle Erwerbslosen müssen nun noch mehr als bisher dafür sorgen, daß dem Erwerbslosenausschuß sein Kampf durch geschlossenes Zusammenstehen aller Erwerbslosen erleichtert wird.

Schikane auf dem Arbeitsamt Striegau-Jauer

Man schreibt uns: Die Beamten auf dem Arbeitsamt nehmen sich eine Behandlung der Erwerbslosen heraus, die zur schärfsten Kritik herausfordert. Arbeiter, die bereits drei Wochen stempeln gehen, erhalten auf einmal den Bescheid, daß ihnen noch keine Unterstützung gezahlt werden kann, weil angeblich die Anwartschaft darauf noch nicht besteht. Dabei stand fest, daß jene Leute nicht 62, sondern 57 Wochen gearbeitet hatten und demnach ihre Anwartschaft längst gegeben war.

Wenn man bedenkt, daß die Leute schon drei Wochen ohne jede Unterstützung waren, so ist es wirklich ein Skandal, wenn sie dann so behandelt werden. Über die Herrschaften auf dem Arbeitsamt haben ja bei ihren Gehältern keine Ahnung von dem Leben der Erwerbslosen. Es würde sich daher empfehlen, daß sie auch mal stempeln gehen müßten, um zu erfahren, was es heißt, Hohnschweiß schlecken. Hoffentlich reagen diese Herren, um sofort diesen Skandal zu beheben.

Niederschlesien

Wohnungsnot gezwungen, auf dem Fußboden zu entbinden, weil allen zehn Personen nur vier Betten zur Verfügung stehen. Schließlich wurde dem Sohne jetzt eine Wohnung versprochen, welche am 1. Dezember zu beziehen war. Als er nun am 21. November noch einmal auf dem Wohnungsamt wegen dieser Wohnung vortrat, wurde ihm von dem Wohnungsbezirksrat, dem SPD.-Stadtrat Winter, gesagt, „Die Wohnung sei schon vergeben“. Auf seine verwundernde Frage, wie das käme, erwiderte ihm Winter, „daß jetzt keine Leute sterben, wenn das der Fall wäre, könnte er auch eine Wohnung erhalten“. Diese Antwort zeigt so recht das Gesicht mancher zu Posten gelommener SPD.-Führer. Anstatt den Arbeitern zu helfen, kriegen sie es noch fertig, sie zu verhöhnen. Die Arbeiter können daraus erfahren, daß sie von der SPD. nichts mehr zu erwarten haben, als weiteren Verrat, sie müssen daher aus solchen Vorgängen die Konsequenzen ziehen und einer Partei, deren Führer sie so behandeln, den Rücken kehren. Wenn sie eine Aenderung solcher Zustände herbeiführen wollen, dann müssen sie sich einreihen in die kommunistische Partei und mit ihr den Kampf gegen solche Zustände aufnehmen. Ebenso dürfen sie selbstverständlich auch nicht die bürgerlichen und SPD.-Zeitungen unterstützen, sondern nur die „Arbeiter-Zeitung“, die als einzige immer nur für die Interessen der Armen eintritt.

Beuthen a. d. O.

Großfeuer in einem nordnieder-schlesischen Sägewerk. Beuthen, Bezirk Sigmich, 22. November. In der Nacht zum Donnerstag wurde im Sigmichschen Sägewerk, Besitzer Daubitz, die neue Stelmacherei mit ihrem wertvollen Maschinenpark und dem darüber liegenden Holzboven ein Raub der Flammen. Dide Rauchschwaden zeigten am Freitag abends gegen 9 Uhr den Ausbruch des Brandes an, und nach wenigen Minuten gleich das Gebäude einem einzigen Flammenherd. Die Tätigkeit der Feuerwehrrichterete sich hauptsächlich darauf, die Gebäude des benachbarten Landwirts Rattien und der katholischen Pfarrei zu schützen, die durch Flugfeuer gefährdet waren. Der einsehende Schneefall unterstützte die Feuerwehrrichterete Bemühungen. Der Besitzer, der sich am Wuchtag in Görlitz befand, traf in der Nacht bei seiner Heimkehr kein neues Wort mehr als Schuldschulden wieder. Die Brandursache scheint in Kurzschluß zu liegen, da schon einige Stunden vor dem Ausbruch des Feuers auf dem Grundstück die Stromzuführung verlagte.

ersehen, was sie zu erwarten haben, wenn einmal diese agrarischen Ausbeuter das Dritte Reich aufrichten würden. In Oberlohebau haben ebenfalls Landarbeiter die Bündigung erhalten. Von den Großbauern werden auch die Dienstboten entlassen. Hinter diesen Entlassungen verbirgt sich noch ein anderer Grund. Die Großgutsbesitzer verstehen es bekanntlich ausgezeichnet, ihre angeblich große Rottlage so lange hinauszuziehen, bis es wirklich auch solche Leute glauben, die sonst nicht so leicht auf den Schwindel hereinfallen. Durch solche Entlassungen soll offenbar ihr Geschrei unterstützt werden, damit die Brüning-Regierung ihnen wiederum neue Geschenke zukommen läßt. Die Landarbeiter aber sollten aus diesen Vorgängen lernen, den Kampf gegen diese agrarischen Ausbeuter noch mehr als bisher zu führen. Deshalb muß es ihre Aufgabe sein, dafür zu sorgen, daß sich alle Landarbeiter einreihen in eine Front mit den Arbeitern in der Stadt, um mit ihnen gemeinsam gegen das Junkertum zu kämpfen.

Empfehlenswerte Geschäfte in Breslau

Gebrüder Wolffs Gaststätten in allen Stadtteilen!

Zentrum

Union-Weinhaus
Besitzer: Willy Neumann
1847
Weiße-Stüchen-Bar
Neue Gasse 2 Tel. 250 C5

Metallbettstellen / Matratzen
Gaskocher
Beier & Olowinsky o.m.b.H.
Herrenstraße 31 1278

W. Kelling
reinigt / färbt / wäscht 1272

Albert Gutsch, Reusdistr. 29/31
bekannt als leistungsfähig in Leder- u. Schuhbedarfsartikeln
Zweigstellen: 1. Gräbschener Str. 19/21 / 2. Mollkesstr. 14
3. Bohrauer Straße 27 / 4. Poststraße 7
Kinkautsquelle sämtlicher Werkstätten! 1284

Menzels Brauerei - Ausschank
Verkauf von 3-Kronen-Jungbier
Kupferschmiedestr. 5/6, Fernr. 58117
1716
Bestempfohlene warme und kalte Küche
Reichhaltige Mittag- und Abend-Karte

NÄHMASCHINEN
für Haushalt, Heimarbeit u. Gewerbe
10 Mk. Anzahlung, 2,50 wöchentl. Ratenzahlg.
Jos. Greulich, Mechanikerstr.
Herrenstraße 24 Tel. 507 65 1558
Reparaturen und Ersatzteile für alle Fabrikate

Georg Greulich, Breslau I, Hummerei 52
Abteilung 1. Nähmaschinen Original Dürkopp, Phönix, Mandlos, Kayser
Abteilung 2. Fahrräder Original Dürkopp, Panther, Pflü, Kayser, Diamant
Abteilung 3. Sprechapparate und Platten 26.24
Reparaturwerkstatt Telefon 531 68
Weitgehendste Zahlungsvereinfachung!

P. Pohl Schokoladen, Kakao, Zuckerwarenfabrik
Filialen in allen Stadtteilen 1277

Mütze und Hut
kaufen Sie gut
ROBERT SCHUPPE, Nikolaistr. 34
1708

„Zur gold. Marie“
HÜBNER'S Brauerei, Breitestr. 39
selbstgebraute Biere, anerkannt
preiswerte und gute Küche 1709

Uhren, Gold- und Silberwaren
ARNHOLD ROSENTHAL
Neue Schneideritzer Straße 5
Beste Bezugsquelle für
Arbeiter, Angestellte u. Beamte 1941

Denk an die Deinen
durch Abschluß einer Beftatungs- oder Lebensversicherung beim
Volkswohl-Bund
Allg. Beftatungs- und Versicherungsverein a. G. Berlin. Bezirksdkt. ekt. Breslau, Junkernstraße 12
Geschäftsstellen an allen größeren Plätzen der Provinz Schlesien und Ober-Schlesien 2088

Kauft bei
Blasse!
Blasse ist billig!
Breslau, Graupenstr. 6-10
1276

FRANZ MOTZEK, Nikolaistr. 24
BÄCKEREI u. KONDITOREI
1554

Theodor Buchalt
Zwingerplatz 2
und Filialen
Vogelfutter / Vogelkäfige
Käfig-Utensilien 1713

MILCH, MOLKEREIPRODUKTE und
LEBENSMITTEL
Marika Neuroth, Breite Straße 42 1558

R. M. Remak, Kupferschmiedestr. 37
zwischen Schmiedebrücke u. Oderstr.
Lederhandlung, Schuhmacherbedarfsartikel
Lederausschnitte billigst 1940

Bäckerei
SIEGFRIED FRIEDLÄNDER
Ohlauer Straße 39
empfiehlt Qualitätsgebäck aller Art 1275

RESERVIERT 1273

DIE Zigaretten für ALLE



Haus Bergmann
Zigarettenfabrik AG, Dresden 1209

„Alkazar“
Die Unterhaltungsstätte
des Volkes!
Direktion Gust. Büttner
1278

CARL PAUL, Schrotgasse 1/3
Getreide-Dampfmälzerei
Spezialbrot „Friedens-Crouten“ 1274

Für die Augen
Heidrich
Optikermeister • Stadttheater gegenüber
12707

Brauerei u. Ausschank
„Zum groß. Meerschiff“
Inf. E. Woynt
Breslau, Reusdistr. 28
(1 Minute vom Königsplatz)
Telephon 50638
Ausschank nur selbstgebraut. Biere
Anerkann gute Küche
Mittagstisch von 12 bis 3 Uhr 1710

Süßfrüchte- und Feinkost-Haus
EDUARD SCHÖNFELDER, Neue Taschenstr. 17
im Hotel „Krausprin“ Tel.: 297 31
2019

HOTEL „GELBER LÖWE“, Oderstr. 23
Treff • sämtlicher Werkstätten
Fremdenzimmer zu erm. Preisen 2023

Zentral-Theater / Ballsäle
Breslau 6 / Westendstraße 50/52
Inhaber: Alfons Hahn / Fernruf 23429
1282

RESERVIERT 1397

MAX KÜMMEL
Fleischerei und Wurstfabrik
Friedrich-Wilhelm-Str. 107 1714

Kauft Blumen und Kränze
bei Frau **ELISABETH ROESSLER**
Alsenstraße 26 1388

ALFRED WOLF
Eisenhandlung, Haus- u. Küchengeräte
das größte Spezialgeschäft des Westens
Alsenstraße 30, Ecke Leuthenstraße 1389

Fleischerei und Wurstfabrik
PAUL GILLER, Alsenstraße 4
1390

Fleischerei und Wurstfabrik
HERM. LOREK, Alsenstraße 68
1391

Fleischerei und Wurstfabrik
EDUARD GUNDLACH, Alsenstr. 53
Filialen: Westendstr. 100 u. Katzschstr. 5
1392

Fischwaren - Räucherwaren
HUGO ULLMANN
Friedrich-Wilhelm-Straße 99 1393

Roßschlächterei
GUSTAV GRÄBER, Inh. Robert Gräber
Friedrich-Wilhelm-Straße 100 1394

Merkur-Drogerie
WILLY KLINNERT
Leuthenstraße 12/14
1895

Fleischerei und Wurstfabrik
RICH. DREUCKER
Westendstraße 45
1899

Glückauf-Apotheke
Zehnerstraße 3 a
1649

FLEISCHEREI und WURSTFABRIK
Agnes Berndt, Lange Gasse 58
1555

Wollins Festsäle, Frankfurter Str. 109/11
Ieden Sonntag und Dienstag Tanz
Saal zu Festlichkeiten 1717

Konrad Stanke, Frankfurter Str. 166
Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte
1718

KARL MILDE
Kohlenhandlung und Fuhrgeschäft
Posener Str. 70. - Tel.: 585 74
1719

Kolonialwaren, Delikatessen, Konserven
Weine, Zigaretten, Zigarren, Tabakwaren
FRANZ RZEHULKA
Alsenstraße 48, Ecke Leuthenstraße 1280

Fisch-Spezialgesch.
K. Schinzel, Frankfurter Str. 127
1896

SCHUHWAREN
nur bei
WILHELM VOGEL
Scheitniger Straße 12
Friedrich-Wilhelm-Straße 66
2022

Kaufhaus
EMIL SCHMELZ
Friedrich-Wilhelm-Straße 25
1715

KAISER-FRIEDRICH-APOTHEKE, Th. Grundke
Anfertigung von Rezepten sämtl. Krankenkassen
Friedrich-Karl-Straße 25, Ecke Alsenstraße 1553

FLEISCHEREI und WURSTFABRIK
Alfred Wolf, Zehnerstraße 3a
1548

RESERVIERT! 1550

Reserviert

BÄCKEREI u. KONDITOREI
G. ZOROWKA
Westendstraße 65 1398

Gaststätte Blumenthal vorm. Windisch
Matthiasstr. 140
empfehl. gutgepflegte Biere und Getränke
Anerkann gute Küche / Aufmerksame Bedienung
1870

Möbelhaus Paul Rogoll, Matthiasstr. 59
kauft man gut und billig! 1701

Gaststätte „Zum Lessing“
Adalbertstraße 10
Treff • sämtl. Werkstätten
Saal für Vereinsfestlichkeiten
1657

Hut-Hönisch
Matthiasstraße Nr. 139
1936

K. Salomons Gaststätte, Rosenstr.
Treffpunkt sämtl. Werkstätten
1664

Möbelhaus Paul Rogoll, Matthiasstr. 59
kauft man gut und billig! 1701

Fisch Aberle
Matthiasstr. 159
1864

Paul Herrmann
Bäckerei u. Konditorei
Trebniitzer Straße Nr. 64
1560

Fleischerei und Wurstfabrik
FAUL BERNDT
Weißenburger Straße 4
1563

Gustav FEIERTAG, Elbingstraße 5
Bäckerei u. Konditorei
1705

HEDWIG DEPTA, Gneisenstr. 8
FISCH-SPEZIAL-GESCHÄFT 1552

Hans FAULHABER, Trebnitzer Str. 46
Kolonialwaren
und Lebensmittelgeschäft 1713

Drogerie „Zum Großen Kurfürsten“
RICHARD ELISON
Matthiasstraße 161/63
1700

ERNST FRENZEL, Matthiasstraße 142
Bäckerei u. Konditorei
1703

Julius RAUCHFUSS, Scheitniger Str. 33
Gaststätte / Fabrikation
und Verkauf von Spirituosen 1938

Kolonialwaren / Spirituosen
HEINRICH TITZ NACHFL.
Trebniitzer Straße 52 1562

EDUARD HOFFMANN
Molkerei
Weißenburger Straße 34
1565

Schuhwaren / Reparaturwerkstatt / Maßarbeit
KARL WOLNY
Waterloostraße 11 1566

W. ZEMBROD
Waterloostraße 11
Kolonialwaren
Spirituosen 1567

Kolonialwaren / Delikatessen
EMILIE STRAUCH, Matthiasstr. 96
1568

Reserviert! 1569

Kolonialwaren / Spirituosen
JOHANNES LUBINSKY
Matthiasstraße 89 1572

Hermann Lange, Matthiasstraße 183
Lebensmittelgeschäft, Wild u. Geflügel
2018

ANTON MAKOSCH, Matthiasstr. 48
Fisch-Spezialgeschäft 2020

F. KUHN, Kospothstraße Nr. 18
Fischwaren-Spezialgeschäft 1706

Gut und preiswert kaufen Arbeiter
in der Bäckerei
F. BERGER, Kreuzstraße 38 1937

M. SCHOLZ, Odenstraße Nr. 15
Kolonialwaren / Konserven
Spirituosen / Weine 1704

GUSTAV PUTZKE, Breslau
Die billigste Einkaufsquelle in
f. Fleisch- und Wurstwaren
Klettschkastraße 15 u. Bänderplatz 12
1561

FRITZ MÜLLER
MÜHLENIEDERLAGE
Spez.: Mühl, Vogelfutter, Sämacien
Matthiasstraße 85

Fleischerei u. Wurstfabrik
ERNST BUNKE, Ottostraße 24
Telephon: 448 50
2017

Das echte
Schlüterbrot
Vollkornbrot
HERMANN SCHOLZ, Bäckermeister
Gräbschener Str. 68
1935

Eduard Sternitzke, Lewaldstr. 8
Fleischerei u. Wurstfabrik 1712

Karl Frühschuls, Gräbschener Str. 89
Molkereiprodukte
Süßfrüchte / Kolonialwaren 1711

Konkurrenzlos billiger Einkauf
im Selbsthaus mit Warenhauspreisen
Gabitzstraße 4
Wiederverkauf Sonderpreise! 1939

SCHUHHAUS FRÖHLICH
Spezialhaus
für Herren-, Damen- und Kinderschuhe
Klosterstraße 85
2113

FRANZ
Breslau, Klosterstraße 36
HERNUT 29620
Erd-, Feuerbestattungen
Bestattungsversicherung
Niedrige Preise 1699

Kampfsolidarität mit allen verfolgten Klassenkämpfern!

**Heraus zur Winter-Hilfsaktion der Roten Hilfe! — Verstärkt den Kampf gegen
Polizei- und Justizterror, gegen die braune Mordpest!**

Über 1300 Arbeiter schmachten in den Kerker der Republik; 7288 Arbeiter sind allein in den ersten zehn Monaten des Jahres 1930 von der Klassjustiz unter Anklage gestellt worden; nicht weniger als 62 Arbeiter sind bis jetzt in diesem Jahre dem Polizei- und Justizterror zum Opfer gefallen.

Während nationalsozialistische Mörderbanden unter dem Schutz von 21 sozialdemokratischen Polizeipräsidenten ungekräftigt ihr blutiges Handwerk durch Arbeitermord und Streikbruch ausüben,

werden alle Kampfhandlungen des Proletariats gegen den Young-Plan, gegen die immer schonungslosere Nationalisierung und die mit ihr verbundene verschärfte Ausbeutung, gegen die faschistische Gefahr mit unerbittlicher Brutalität verfolgt. So bereiten die sozialfaschistischen Führer durch den verschärften Terror dem Faschismus den Weg.

Mit schonungsloser Brutalität, mit dem Einsatz aller staatlichen Machtmittel verfolgt die um ihre Herrschaft zitternde Bourgeoisie das mit revolutionärer Kühnheit gegen die Kräfte des Young-Plans um höheren Lohn und Brot kämpfende Proletariat. Die Sozialdemokratie hat im Reichstag in Einheitsfront mit allen bürgerlichen Parteien die Vollstreckung wie überhaupt jede Amnestie abgelehnt!

Unendliches Elend hat diese Welle des Terrors über zahllose Arbeiterfamilien gebracht.

52 Arbeiterfamilien sind durch die Ermordung ihrer Ernährer gänzlich, über 1300 Familien durch furchtbare Urteile ihrer Ernährer auf Monate und Jahre beraubt.

Zur Qual der Entfremdung tritt die Sorge um Frau und Kind — so soll nach dem Willen der Bourgeoisie, nach dem Willen ihrer sozialfaschistischen Streikbühler der Kampfwillen der in Zuchthaus und Gefängnisse geworfenen revolutionären Arbeiter gebrochen werden. Das darf niemals geschehen!

Die Rote Hilfe ist es, die ein ehernes unzerbrechbares Band der Solidarität zwischen allen klassenbewußten Arbeitern im Betrieb, auf der Stempelstelle, auf dem Land und unseren eingekerkerten Klassenbrüdern geschaffen hat. Und wie in den vergangenen Jahren führt auch jetzt wieder

die Rote Hilfe Deutschlands eine Winterhilfsaktion zur Unterstützung unserer politischen Gefangenen, ihrer Frauen und Kinder

durch. Die proletarischen politischen Gefangenen, die Hinterbliebenen der Opfer des Nazi- und Justizterrors, die mit dem Einsatz ihres Lebens für die Sache des Proletariats kämpfen, haben sich ein unverbrüchliches Recht erworben, Solidarität von allen Werktätigen Deutschlands zu fordern.

Ein Winter ungeheurer Massennot, ein Winter mit einer neuen Welle revolutionärer Kämpfe gegen das Joch des Kapitalismus, gegen die Fesseln des Young-Plans, gegen alle Feinde der kämpfenden Arbeiterklasse steht vor der Tür. Schon hat in den ersten Tagen der Herrschaft der Covering und Gröschl das verschärfte Regiment des Polizeiknüppels gegen das revolutionäre Proletariat eingeleitet. Das Erziehung der arbeitenden Massen, die revolutionäre Presse, wird unterdrückt, ihre Redakteure werden verfolgt, Demonstrationen auseinandergetrieben, gegen den Lohnraub Streikende mit Waffengewalt in die Betriebe gedrängt.

Das Proletariat wird neue große Opfer im Kampf gegen seine Feinde bringen. Kein angeklagter Arbeiter darf ohne Verteidiger vor Gericht bleiben! Keine Frau, kein Kind eines eingekerkerten Klassenkämpfers darf dem Hungertod ausgeliefert werden.

In vorderster Linie, im Kampf gegen Klassenjustiz, Polizei- und

faschistischen Terror hat die Rote Hilfe in den 6 1/2 Jahren ihres Bestehens 20 898 Arbeitern einen Verteidiger gestellt, 80 000 weiteren, von der Justiz verfolgten Arbeitern durch Rat und Tat zur Seite gestanden.

6 1/2 Millionen Mark

hat die RHD für die proletarisch-politischen Gefangenen, ihre Frauen und Kinder, für die Kinderhölle durch proletarische Solidarität aufgebracht.

Im Namen aller proletarischen Massenorganisationen appelliert die Rote Hilfe Deutschlands im Zeichen des in immer stärkerem Tempo wachsenden Terrors an das wertvolle Deutschland, die Pflicht

Arbeitersport

Arbeiterathleten

Die am Buftage fortgesetzten Kämpfe in der Rückrunde zwischen A-Klasse Arbeiter-Athleten-Verein und Nord-Ost 03 gewann Arbeiter-Athleten-Verein 1911 mit 12 zu 2 Punkten. Die B-Klasse gewann Nord-Ost mit 8 1/2 : 5 1/2. Jugend gewann Vor- und Rückrunde 1897 I. Am Sonntag, dem 30. November, in der Turnhalle Brodauer Straße, 15 Uhr, A- und B-Klasse Nord-Ost 03 gegen 1897. Jugend: Nord-Ost gegen 1897 II.

Schweidnitz zwingt Waldenburg ein Unentschieden ab

Der Freundschaftskampf im Bogen Waldenburg-Schweidnitz am Buftag fand vor gut besuchtem Hause statt. Schweidnitz stand das erste Mal im Ring. Was ihnen an Ringerfahrung fehlte, ergänzten sie durch großen Eifer. Die Waldenburger werden in Zukunft auch bei schwächeren Gegnern in voller Stärke antreten müssen, um ansprechende Resultate herauszuholen. Nachstehend der Verlauf der Kämpfe: Einleitungskämpfe: Tischtschod (Waldenburg) 76 Pfund gegen Bahr (Hermendorf) 101 Pfund. Bahr war der bessere und erzielte einen einwandfreien Punktsieg. Grahl (Altwasser) 118 Pfund gegen Hoffmann (Altwasser) 123 Pfund. Beides bekannte Kämpfer, zeigten einen schönen Kampf mit dem Resultat: Unentschieden. Hauptkämpfe (die Erstgenannten sind die Kämpfer aus Schweidnitz): Tilger — Gamalat. Tilger führte den Kampf über sämtliche Runden. Sein flotter Angriff sicherte ihm einen wohlverdienten Punktsieg. Ragner — Stein. Ragner war seinem Gegner weit unterlegen und mußte sich in der 2. Runde ausziehen lassen. Tischtschod gegen Blech. Durch intensiven Angriff gelang es Blech, einen Punktsieg für seine Mannschaft herauszuholen. Milbe — Hauer. Für Dauer war der Kampf in der 2. Runde ausichtslos. Durch Werfen des Handtuches retteten ihn die Sekundanten vor einem L. o. Blasche gegen Dietrich. Einer der besten Kämpfe des Abends. Nach heftigem hartem Schlagwechsel in allen drei Runden lautet das Resultat: Unentschieden. Raschubal — Müller. Beide Kämpfer zeigten wenig Ringerfahrung. Müller konnte sich nur mit Mühe über die drei Runden halten. Resultat des Kampfes: Sieg für Raschubal. Raschke — Weigelt. Dieser mit Spannung erwartete Kampf nahm ein unerwartet schnelles Ende. Einige schwere Treffer zwangen Raschke schon in der 1. Runde bis zur Zeit auf die Bretter. Resultat des Gesamtkampfes 7:7.

Das „Neue Tageblatt“ hatte einen Tag vor der Veranstaltung unsere Reklameplakate an den Anschlagtaulen weiß überleben lassen.

der proletarischen Solidarität zu erfüllen, alle Kräfte einzusetzen, um die Winterhilfsaktion der RHD zu einem vollen Erfolg zu führen.

Vorwärts im Kampf gegen Klassenjustiz und Justizterror, gegen die braune Mordpest, gegen den mörderischen Strafvollzug, für die Vollstreckung aller proletarischen politischen Gefangenen! Vollste Solidarität mit den eingekerkerten Klassenbrüdern! Sammeln Sie die Rote Hilfe in jeden Betrieb, auf jede Stempelstelle, auf das Land, in jede Arbeiterorganisation, in jedes Arbeiterhaus!

Hinein in die Rote Hilfe Deutschlands!

Zentralvorstand der Rote Hilfe Deutschlands. — Kommunistische Partei. — Kommunistischer Jugendverband. — Jungspartakusbund. — Internationale Arbeiterhilfe. — Internationaler Bund. — Roter Frauen- und Mädchenbund. — Bund der Freunde der Sowjetunion. — Verband Proletarischer Freiheitskämpfer. — Interessengemeinschaft für die Wiederherstellung der Einheit im Arbeitersport. — Interessengemeinschaft für Arbeiterkultur. — Kommunistische Lehrsektion. — Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Organisationen. — Freier Arbeiterbund Reichserwerbslosenaustritt. — Einheitsverband der Metallarbeiter Berlins.

Diese „Liebeswürdigkeit“ war nicht notwendig, Wir wissen auch so, wo unsere Gegner sind.

Freie Sportvereinigungen, 1897. Am Montag, dem 24. November, um 20 Uhr, Handballer-Vollversammlung bei Klante, Hochstraße 7.

Versammlungskalender

- Montag, den 24. November:
Görlitz, Sportkonferenz 20 Uhr im Lokal „Union“.
Stanowitz, öffentliche Versammlung 20 Uhr, Ref. Werner.
- Dienstag, den 25. November:
Breslau, Generalmitgliederversammlung aller Organisationen im „Zentralballsaal“, Westendstraße, 20 Uhr. Ref. Wollweber, M. b. L.
Lauscha, öffentliche Versammlung. Ref. Werner.
- Mittwoch, den 26. November:
Breslau, öffentliche Rote-Hilfe-Versammlung, anschließend Lichtbildvortrag, 20 Uhr im „Vergeltung“. Referent Wollweber, M. b. L.
Landeshut, Betriebsversammlung von Rinkel, Melchner u. Frahm der RHD.
Politz, öffentliche Versammlung. Ref. Werner.
Primkenau, öffentliche Versammlung. Ref. Schirdewan.
- Donnerstag, den 27. November:
Breslau, Massendemonstration 18 Uhr auf dem Platz der Republik. Ref. Wollweber, M. b. L.
Lung „Im Stollen“.
Schwiebeseberg, öffentliche RHD-Versammlung im „Stollen“.
Johben, öffentliche Versammlung. Ref. Werner.
Halbau, öffentliche Versammlung. Ref. Schirdewan.
- Freitag, den 28. November:
Breslau, Jfa-Beranstaltung 20 Uhr im „Schiefwerder“. Referent Dr. Hobann.
Altwasser, öffentliche Versammlung 19 Uhr im „Weißen Roß“.
Hirschberg-Gunnersdorf, Bauarbeiterversammlung der RHD.
Liegnitz, öffentliche Versammlung. Ref. Reimann.
Marthlitz, öffentliche Versammlung. Ref. Becker, M. b. L.
Friedland, öffentliche Versammlung. Ref. Preiß.
Münsterberg, öffentliche Versammlung. Ref. Wollweber, M. b. L.
Sagan, öffentliche Versammlung. Ref. Schirdewan.
Langenbielau, öffentliche Versammlung bei Dinter um 19,30 Uhr. Ref. Scholaut.

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Schnell, Berlin; für den Probateil (außer Oberbreslau): Ernst Wollweber, Breslau; für Oberbreslau: Fritz Wendroch, Hindenburg. — Für Kaiserlautern: Karl Gansdorf, Breslau.

LIEBICH
Täglich
2 Vorstellungen
4.15 u. 8.15 Uhr
Unter großer Erregung
Das Eiscallett
und 8 Attraktionen
Nachmittags
halbe Preise
und
Vollprogramm
Tel. 244 48

Wenn ich nicht
zu
Hause war,
War ich stets im
ALKAZAR
8-4 Uhr
passend. Varietät-
Vorstellung
Betriebe, Kasse, Tanz
30 Tischtelefone
Str. 1.18 M. (Alt. Steuer)

Beerdigungsanstalt C. Heymann
Bestattungs-Versicherung
Überführung und Feuerbestattung
Klosterstraße 17 — Zweiggeschäft Gräb-
schauer Straße 17 — Telefon 587 47

Vor Einkauf von
Möbeln u. Stühlen
aller Art
vom einfachsten bis zum ge-
diegensten Genre beschließen
Sie bitte völlig unverfälscht
unser reichhaltig. Fabrikage.
Sie werden dort bestens und
billigst bedient Teilz. gestattet.
Biener & Döhrig, Breslau
Stühle u. Möbeln detail, en gros.
Geschäft: Neffstraße 107
Fabriklager: Weinbergweg 18/20

Billige Reste, billige Reste, billige Reste, billige Reste, billige Reste

Linon-Reste
13 cm breit, für
Deckbetten reich-
Meter 70 Pfg. 30 cm
breit, für Kissen
reichend. Meter

Hemden-
Bardend-
Reste
gestreift, in verach-
Längen. Meter

Kunstseiden-
Reste
schon
ganze Kleider,
Tücher, Meter

Hemdentuch-
Reste
in verach-
denen. Meter

Montag früh
beginnt der große Verkauf
Zu gleicher Zeit

Sonder-Auslagen
Billige Kurzwaren
Große Posten Spitzen-Reste
Serie III 25 Pfg. Serie II 15 Pfg. Serie I 5 Pfg.

Waschsami-
Reste
bedruckt u.
sch. f. Kin-
der u. Dje-
men-Kleid.
reichend

TIETZ
Ohlauer Straße 71/73 / Tel. 56854

Gardinestoff-Reste
Möbelstoff-Reste
Läuterstoff-Reste
Angestaubte Stores und
Fenster-Garnituren

**Molkerei und
Milch-Großhandlung**
Christoph Hümmer
Breslau, Lehmgrubenstr. 5
Verkauf durch Läden u. Klingel-
wagen / Achtet auf die Firma!

Für Breslau / Glogwitz
Liegnitz / Glogau
suchen wir tüchtige
Abonnentenwerber
für den
Arbeiter-Sender
Geeigneten Personen bietet sich
durch intensives Arbeiten nach-
weislich guter Nebenverdienst.
Hohe Provisionen. — Angebote
sollt erbeten an
Arbeiter-Sender G. m. b. H.
Berlin SW 40, Hedemannstr. 13

Bade dich gesund im Breslauer Hallenschwimmbad